

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnent: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Verwaltung
 Preisliste für 1902 unter Nr. 2878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsstelligen Kolon-
 nette oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 31. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Tagesordnung des Parteitag.

Der diesjährige Parteitag ist weder parteitheoretischen Erörterungen noch in erster Linie inneren Partei-Angelegenheiten gewidmet. Er dient nicht der Selbstbestimmung und Selbstkritik, sondern er ist zunächst und hauptsächlich ein Kampftag, der die unmittelbare Lektüre der einheitlich geschlossenen Socialdemokratie gegen die Feinde ringend bestimmen soll. Der Ränghener Parteitag erhält seine Farbe und sein Gewicht von der aktuellen politischen Situation, zu der er Stellung nehmen soll. Er versammelt sich in einer Zeit, da die Socialdemokratie gewaltige, vielleicht entscheidende Kämpfe um die Zukunft der politischen Entwicklung Deutschlands gegen alle Klassen und Aliquien der herrschenden Gesellschaft zu führen hat. Die Wahlen von 1903 werden den Ausschlag geben, ob die stagnierende Reaktion der deutschen Verhältnisse fortbauern soll, oder ob es dem Proletariat gelingt, einen erfolgreichen Vorstoß auszuführen, und weiteren und besseren Zuständen eine Gasse zu bahnen. Wir müssen in dem kommenden Jahrfünft auf wichtige Entscheidungen gefaßt sein. Da gilt es, nicht nur einig und stark, sondern auch klar bewußt und sicher entschlossen zu sein.

Die vorgeschlagene Tagesordnung des Parteitages nun, die wir in der Dienstagnummer veröffentlicht, scheint zu dieser bewegten Situation äußerlich im Gegensatz zu stehen. Sie klingt ruhig, friedlich und geschäftsmäßig. Das ist freilich nur Schein. In der Verhandlung über die bevorstehende Reichstagswahl glüht die lodernde Gegenwart; hier wird Mißtrauen und Ueberrechnung gehalten werden, hier werden die inneren Zustände Deutschlands ins helle Licht gerückt, Wege und Ziele unseres Kampfes scharf geriffen werden; hier werden die Sturmglöden weit hin ins Land hallen.

Wenn wir trotzdem im folgenden mit einigen unverbindlichen Anregungen und andeutenden Bemerkungen besondere Wünsche aufstellen, so geschieht das nicht etwa, um neue Diskussionsstoffe vorzuschlagen. Die beiden Themata, von denen wir vorzuschlagen wollen, daß sie auf die Tagesordnung gesetzt werden, würden zweifellos bei den Punkten Geschäftsbericht, parlamentarische Thätigkeit, Reichstagswahlen, Anträge, mehr oder minder eingehend gestreift werden. Wenn wir trotzdem es für zweckmäßig halten, zwei Gebiete unseres gegenwärtigen politischen Lebens noch gesondert zu behandeln, so geschieht das einmal, um den aktuellen Kampfscharakter dieses Parteitages auch äußerlich deutlicher zu kennzeichnen und zweitens, um für diese wichtigen Fragen die Möglichkeit einer präzisieren und tieferen Diskussion zu schaffen, als ihnen zu teil werden könnte, wenn sie nur im Zusammenhang mit anderen Gegenständen berührt würden.

Die sachlichen Referate über Arbeiterversicherung und Kommunalpolitik sind gewiß von äußerster Wichtigkeit, aber es fehlt ihnen doch die Lebendigkeit des unmittelbar zwingenden Angriffes; sie können das Programm jedes Parteitages zieren und bereichern, sie haben nichts Charakteristisches und Unabweisliches gerade für diesen Parteitag der Wahlkampfprüfung. In der Diskussion der Arbeiterversicherung wird wohl vor allem die Frage der Reichsversicherung gegen Arbeitslosigkeit behandelt werden. Kein Zweifel, in der Zeit der Krise gewinnt diese Frage ein erhöhtes Interesse. Gleichwohl wird man nicht bestreiten, daß sie vorerst ziemlich akademischer Natur bleibt. Weder ist Aussicht, daß sie in absehbarer Zeit vom Bundesrat auch nur in Erwägung gezogen wird, noch wird einwöchentlich über ihre Zweckmäßigkeit und Methode innerhalb der Partei selbst Einstimmigkeit erzielt werden. Inwiefern sind wir der Meinung, daß diese Frage auf der Tagesordnung bleiben soll, schon deshalb, weil sie Gelegenheit bietet, über die Kreis- und die Arbeitslosigkeit zu verhandeln. Vielleicht aber empfiehlt es sich, das Thema dahin zu erweitern und zu ergänzen, daß über „Arbeiterversicherung und Koalitionsrecht“ referiert wird. In solcher Gegenüberstellung wird gegenüber jeder berechtigten Ueberzeugung der Versicherungsgesetzgebung der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß wichtiger und wirksamer als alle Kleinigkeiten Socialpolitik das freie und gesicherte Koalitionsrecht der Arbeiter zur Besserung ihrer Lage ist. Gerade die letzte Zeit hat wieder eine Fülle von Erscheinungen gezeigt, die barhau, wie dringend notwendig eine reichsgesetzliche Regelung der Koalitionsfreiheit und des Koalitionsrechtes ist; man denke an die als Expression ausgelegte Ausübung des Koalitionsrechtes, man erinnere sich, daß in Elb-Lothringen das Koalitionsrecht der Koalition landespolizeilichen Bestimmungen unterworfen ist, daß ein Komitee von drei Personen als „Verein“ charakterisiert wird, man vergegenwärtige sich die tausendertei Chilonen, durch die das Vereins- und Versammlungsberecht, namentlich der Frauen, eingeengt und vereitelt wird.

Während wir also den Punkt 5 der Tagesordnung — unter der andgedeuteten Erweiterung — aufrecht erhalten wissen möchten (kann Punkt 6 Kommunalpolitik diesmal entbehrt werden?) nicht weil es überflüssig wäre, die Grundlinien kommunal-socialistischer Thätigkeit zusammenfassend zu erweitern, sondern weil für den aktuellen politischen Stoff Zeit gewonnen werden soll. Queenim wird die Kommunalpolitik mit Recht auf den Landes- und Provinzial-Parteitagen ersig besprochen. Man könnte noch eine ganze Reihe sachlicher Fragen anführen, deren Behandlung auf dem Parteitag wünschenswert, ja notwendig wär, so das bisher kaum diskutierte Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik, die gerade zur Zeit als das Gespenst im Hause der herrschenden Politik dräuen-

umgeht. Indessen wir halten eine Beschränkung geboten, um diesem Parteitage seine Eigenart als Wahl-Parteitag zu wahren. Die beiden Fragen, deren gründliche und gesonderte Erörterung wir vorschlagen, als Punkt 5 und 6 auf die Tagesordnung zu setzen, sind:

- Punkt 5: Die Wahlrechts-Kämpfe in den Einzelstaaten.
- Punkt 6: Das Centrum.

Wir haben bereits gesagt, daß diese beiden Themata sicher auch in der Tagesordnung, so wie sie vom Parteivorstand aufgesetzt ist, Unterschluß finden können und finden werden. Es scheint uns aber im Interesse einer gründlichen und geordneten, zu reicheren Ergebnissen gelangenden Aussprache zu sein, wenn diese beiden Gebiete aus dem allgemeinen politischen Situationsreferate ausgeschaltet werden und eine eigene Behandlung finden.

Die Einfügung der „Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten“ empfehlen wir nicht in der Absicht, für die bayerischen Wahlrechtsdebatten ein breiteres und bequemes Bett zu schaffen. Ganz im Gegenteil. Wir wagen der Meinung zu sein, daß schon jetzt, nachdem die erste fliegende Hitze des Kampfes verfliegen, die Differenzgründe so sehr zusammengeschrunzt sind, daß sich eine Verständigung unschwer, ohne stärkere Erregung und ohne größeren Zeitverlust herbeiführen lassen wird. Wir sind überhaupt der Ansicht, daß auf diesem Parteitag der Raum für innere Auseinandersetzungen so sehr wie irgend möglich eingeschränkt werden muß. Wir haben diesmal keine Zeit, um uneinig zu scheitern — es ist die Solidarität und Organisation gegen den Feind festzustellen.

Ebenso wenig halten wir es für geboten, die speziellen taktischen Landesbedürfnisse — etwa in Hinblick auf die preussischen Landtagswahlen 1903 — auf dem allgemeinen Parteitag zu diskutieren; das muß den Parteitagen der Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Die Frage aber scheint uns nicht mehr ausschließbar und zur Kompetenz des deutschen Parteitages zu gehören: Was müssen wir thun, um endlich in den Einzelstaaten vorwärts zu kommen? Wir können Sachsen und Preußen nicht länger der unumschränkten Macht der Reaktion überlassen. Wir müssen die Erfahrungen der Wahlreformbewegung in Bayern, Baden, Württemberg, Hessen kennen lernen und ihre Lehren uns aneignen. Wir müssen noch Mitteln suchen — so verzweifelt auch in den Hauptstaaten die Situation erscheint —, wie eine erfolgreiche Agitation für die Gewinnung eines besseren Wahlrechts eingeleitet ist. Es geht nicht an, darauf zu warten, bis das Heil vom Reiche kommt. Wir müssen versuchen, ein demokratisches Wahlrecht aus eigener Kraft zu erobern! Es würde sich rächen und die nie rastende Thätigkeit der reaktionären Staatsstreicher und Gewaltpolitiker ermuntern, wenn wir den Schein erwecken, als wären wir ohnmächtig, das Wahlrecht zu erkämpfen! Die Reichspolitik wurzelt in der Reaktion der Einzelstaaten; wenn wir diese nicht zertümmern, kann jene sich nicht zum Besseren entwickeln.

Gleich bedeutsam ist die eingehende und von den allgemeinen Erörterungen losgetrennte Erörterung der Centrumfrage. Ueber Junkertum, Agrarier, Nationalliberale, Freisinnige kann bei dem Referat über die Reichstagswahlen das Notwendige gesagt werden. Das Centrumproblem aber, das Centralproblem unserer inneren Parteipolitik, ist so ungeheuer kompliziert und weisheitsvoll, daß es nicht im Vorübergehen erschöpft werden kann.

Seit den letzten Wahlen hat das Centrum seine reaktionäre Entwicklung vollendet. Als stärkste Partei des Reichstags übt es den bestimmenden Einfluß auf die Regierung und die Richtung der Politik. Der Merkantilismus ist auch bei uns der Hort des Stillstandes und das Hemmnis jeder freieren und reineren Entwicklung. Unsere öffentlichen Verhältnisse ersticken in der Klosterluft des Centrums. Indem das Centrum alle herrschenden Mächte mit seinen Spenden besticht, indem es Junkern und Großindustriellen dient, Mittelständlern und Arbeitern listige Räder hinwirft, erkaufte es sich den Abhau für seine ungezählten Sünden. Es trägt die Hauptlast am Militarismus, Merkantilismus, an der Welt- und Kolonialpolitik, es ist verantwortlich für die Fiskalpolitik der Socialpolitik, es macht — unter Verrat aller seiner früheren Grundzüge — die ausschweifenden Forderungen der Zollwächter mit, es ist auch auf dem Gebiete der politischen Volkswirtschaft keineswegs mehr zuverlässig — man denke an das erzreaktionäre Verhalten in den Landtagen —, es fördert jede kulturfeindliche Unterdrückung geistiger Freiheit und künstlerischer Schöpferkraft. Unter Anwendung aller der großen Hilfsmittel der gewaltigen und bewunderungswürdigen Organisation der katholischen Kirche, unter raffinierter Anpassung an die Gemütsbedürfnisse unterdrückter armer Menschenfeelen hindert das Centrum die socialistische Aufklärung und erhält die Ausgeborenen — wohlwollende Freundschaft heuchelnd und schlau Almosen spendend — im Joche ihrer Ausbeuter.

Es ist nicht zu leugnen, daß unsere Erfolge gegen das Centrum noch verhältnismäßig geringfügig sind. Es giebt schwarze Wahlkreise, die gegen jeden Lichtstrahl undurchlässig scheitern. Man glaube nicht etwa, daß der Liebersehe Wahlkreis, in dem wir es bisher niemals, und auch diesmal nicht, über 700 Stimmen brachten, eine rein bäuerliche Bevölkerung hat; in den vier Kreisen, die für den Wahlbezirk in Betracht kommen — sie überschreiten allerdings seine Grenzen —, zählte bereits die Verfassungszählung von 1895 nicht weniger als 18 000 in Bergbau und Industrie als Haupterwerb thätige Personen, während die Landwirtschaft 80 000 erwerbsthätige Personen umfaßte, überwiegend Kleinbäuerlichen Charakters!

Andererseits giebt es doch Anzeichen, daß die universale Mundstopp-Politik des Centrums — den Besitzenden aller Art werden auf Kosten der Besitzlosen Millionen gegeben, Pfennige genommen, mit denen dann die Ausgeborenen beglückt werden — zu inneren Zerrüttungserscheinungen führt. Die Centrumsarbeiter beginnen zu rebellieren. Dennoch zerschlägt das Centrum nicht von selbst. Ohne positive Arbeit

der Socialdemokratie würden die inneren Zwistigkeiten der Ultramontanen schließlich in nichts verpuffen.

Wie aber muß es die Socialdemokratie anfangen, um in diese Wahlkreise einzudringen, um Elemente zu gewinnen, die ihrer proletarischen Natur nach zu ihr gehören? Welche Agitationsmethoden sind anzuwenden, welche Form der Organisation ist zweckmäßig? Wie ist insbesondere bei den nächsten Wahlen der Kampf gegen das Centrum des Brotwüchters zu führen?

Diese Fragen sind nicht zu entscheiden ohne eine umfassende Erörterung des Merkantil Problems in seinem ganzen vielverzweigten Gebiet. Sowohl das kirchliche wie das politische Centrum, seine geistigen wie seine materiellen Macht- und Kampfmittel wären von Grund auf zu untersuchen. Der glückliche Umstand, daß der Parteitag diesmal in der Hauptstadt eines katholischen Landes stattfindet, wird zur Folge haben, daß eine größere Anzahl Parteigenossen zur Verfügung stehen, die Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Felde der Agitation unter der katholischen Bevölkerung haben — eine Thatsache, die geeignet ist, die Diskussion fruchtbringend zu gestalten. Es bedarf wohl keiner weiteren Begründung für unsere Anregung, die Centrumfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir stellen hiermit unsere unmaßgeblichen Vorschläge zur Diskussion, indem wir schließlich noch darauf hinweisen, daß die besondere Behandlung der Wahlrechts- und der Centrumfrage zugleich die Thätigkeit des deutschen Parteitages auf Probleme führen, die auch für die Bruderparteien des Auslandes im Vordergrund des Kampfes stehen; so lenkt der nationale Parteitag zu den gemeinsamen aktuellen Aufgaben der internationalen Socialdemokratie bedeutsam hin.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Juli.

Gespenster.

Kein Mensch steht aus dem Grabe auf; wohl aber giebt es politische Ereignisse, die aus dem Moder längstvergangerer Vergangenheit wieder auferstehen und lebendig unter den Lebenden wandeln. Von den Unterhändlern des ersten großen zollpolitischen Kuhhandels, der im Jahre 1879 im deutschen Reichstage abgeschlossen ward, ist außer Herrn v. Kardorff keiner mehr in Aktion; aber die Ereignisse dieses bedeutungsvollen Jahres scheinen sich treulich wiederholen zu wollen.

Wie heute stand man auch damals am Ausgange einer wirtschaftlichen Glanzperiode; der Niedergang der Konjunkturen hatte eine Waffe sauler Gründungen über den Haufen geworfen, zahlreiche Industriezweige waren lahmgelegt, und die großen Unternehmer, die sich freilich immer noch recht leidlich aus der Affaire gezogen hatten, schrien nach Staatshilfe. Wie heute waren auch damals durch die wachsenden Lasten des Militarismus die Kassen des Reiches ausgepumpt, die Finanzen der Einzelstaaten arg zerrüttet. Und wie heute plagte schon damals die Herren von Kr und Halm über schlechte Preise und auswärtige Konkurrenz. So kam schon im Jahre 1878 jener innere Dreißund zu stande, in dem sich die Deutegelisten der Krant- und Schloßbarone mit dem Steuerhunger der Regierung vereinigten.

Auch damals war es neben der Baumwollspinnerei — deren Interessen der elässische Spinner Dollfus im Reichstage mit derselben Unergründlichkeit vertrat wie es jetzt der elässische Spinner Schlumberger thut — die Eisenindustrie, die den ersten Platz unter den Rolleibenden beanspruchte. Als Herr v. Kardorff im Jahre 1875 seine Laurahütte, die mit neun Millionen Thaler Aktienkapital belastet war, nur drei Millionen wert befand, von der bevorstehenden Aufhebung der Eisenzölle aber ein weiteres Sinken der Kurse befürchtete, ward er Schutzzöllner, half mit der Broschüre „Gegen den Strom“ die protektionistische Bewegung einleiten und gründete den Centralverband der Industriellen, der für alle Industrie-Artikel einen Wertzoll von 8—10 Prozent verlangte. Indes war die Konkurrenz des Auslandes an dem Krisenjammer der siebziger Jahre freilich nicht schuld gewesen. Das Glend, das nach der Aufhebung der Eisenzölle am 1. Januar 1877 in der Eisenindustrie herrschte, hatte lange vor der Abschaffung des Schutzzolls schon bestanden und zudor schon hatten die Industriellen über die Konkurrenz des Auslandes lebhaft Klage geführt. Mit Unrecht, wie Ray Sering in seinem 1882 erschienenen Buche über die „Geschichte der preussisch-deutschen Eisenzölle“ des näheren ausführt. Es war vielmehr die durch Ueberproduktion hervorgerufene innere Konkurrenz, die die schlechte Lage verschuldet hatte; die Aufhebung der Eisenzölle that weder viel dazu noch davon. Eine Steigerung der Einfuhr, die auf die Entwicklung der heimischen Industrie hemmend wirkte, ließ sich nach Sering „nur für Eisenbahnschienen und auch hier in nicht ganz unzweifelhafter Weise nachweisen“. Die schreckhaften Geschichten, die Herr Franken am letzten Dienstag in der Zolltarif-Kommission zum besten gab, sind darum unbedeutlich in das Reich der politischen Aendermärchen zu verweisen.

Im Jahre 1878 wurde eine Eisenquote einberufen, die sich von dem „Wirtschaftlichen Ausschusse“ späteren Datums wohl durch die Beschränkung des Gegenstandes, nicht aber durch minder rücksichtslose Vertretung von Privatinteressen unterschied. Es wurden 82 Eisen- und Stahlproducenten vernommen, denen nur zwölf wirkliche oder vermeintliche Ver-

*) Der Parteivorstand mußte diesen Punkt allerdings auf die Tagesordnung setzen, weil der vorjährige Parteitag einen dahingehenden Beschluß gefaßt hatte; was nicht hindert, daß der Ränghener Parteitag ihn wieder abseht.

treter der Konsumenten (Eisenhändler, Landwirte etc.) gegenüberstanden. Neue Eisenzölle in ansehnlicher Höhe wurden in dem Tarifentwurf der Regierung aufgenommen, und am 16. Mai 1879 kam es im Plenum des Reichstags bei der zweiten Lesung der Vorlage zu einem hitzigen Kampfe, in welchem die Eisenzöllner Sieger blieben. Wieder waren es durchweg Interessenten, die das große Wort führten: Stamm, Berger und Dr. Reusch, ein Vorgänger Dr. Deumers als Sekretär des Vereins der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen. Mit 218 gegen 88 Stimmen drangen die Vorschläge der Regierungsvorlage durch.

Als nun genau eine Woche darauf die Eiseninteressenten und ihr Anhang gegen den Antrag v. Mirbach stimmten, demzufolge der Roggenzoll von 50 Pf. auf 1 M. erhöht werden sollte, erklärten die Agrarier Klipp und Klar, sie würden in der dritten Lesung für ermäßigte Eisenzölle stimmen, wenn ihnen die Eisenzöllner nicht die feste Zusage machten, für den höheren Getreidezoll zu stimmen. Als es am 10. Juli zur dritten Lesung kam, war der Handel fertig: man war darüber übereingekommen, sowohl die Eisenzölle als auch die Roggenzölle noch weiter zu erhöhen. Der liberale Herr v. Jordanbeck erklärte denn auch noch vor der Abstimmung gerade heraus, daß das Resultat von vornherein feststehe und daß sich die Opposition, wenn sie sich kurz fasse, nur überflüssigen Kerger erspare. Herr v. Kleist-Rehnow, der Agrarier, erklärte, die Landwirte brauchen das Eisen so notwendig, wie die Eisenindustrie das Brot; daraus zog er den freilich unausgesprochenen Schluß, beide seien berufen, in Gemeinschaft der übrigen Welt die Haut über die Ohren zu ziehen.

Für den Antrag Mirbach stimmten am 12. Juni 186 Abgeordnete, darunter 6 Fürsten, 25 Grafen, ferner 88 Barone und Herren „von“, insgesamt 119 Adelige, während sich unter den 160 Gegnern der Zollerhöhung nur 28 Adelige fanden! Die Erhöhung der Eisenzölle gerühte Herr Stamm — damals noch kein Adiger! — persönlich zu begründen. Er und seine Leute, im ganzen 67, bildeten sodann den bürgerlichen Troß der adeligen Schnapphähne.

So ist es denn wahrhaftig das Gespenst des Jahres 1879 gewesen, das am letzten Dienstag in der Zolltarifkommission umgegangen ist. Die Taktik der Kanak und Gahn, die die enigmatische Gestaltung der Eisenzölle von der Erfüllung ihrer agrarischen Wünsche abhängig machen wollen, unterscheidet sich von dem Vorgehen der Mirbach-Günther und Kleist-Rehnow nur durch die größere Unerschämtheit der Forderungen. Aber die Argumentation ist dieselbe geblieben, und die Erpressermanieren, mit denen jede der beiden Interessentengruppen der andern entgegentritt, haben sich um nichts verändert.

Auch die Verhältnisse scheinen in vielen Beziehungen beinahe wieder zu dem alten Punkt zurückgekehrt, freilich nicht in allen. Die erste Zeit der Schutzzöllner war zugleich die Zeit der niederträchtigsten Socialistenhag, die Zeit der Attentatsmache, des Belagerungszustandes, der Ausweisungen, ja selbst der Unterdrückung parlamentarischer Redefreiheit. Vergebens versuchte damals der Abg. Vebel am Ende der Tarifberatung zu Worte zu kommen. Der Präsident hatte immer so lange andre Abgeordnete sich vor Vebel zum Worte melden gesehen, bis die Debatte glücklich geschlossen war. Bei der Schlussabstimmung hatte die Socialdemokratie nur sechs Stimmen in die Wagschale zu werfen!

Ginge es nach dem Willen der „Kreuz-Zeitung“ und der „Post“, dann freilich würde auch jetzt noch, in letzter Stunde, der Versuch gemacht werden müssen, die gewaltige socialdemokratische Volksbewegung wider den Brotwucher mit Hilfe der Polizei niederzuschlagen und die Freiheit der parlamentarischen Opposition durch Maulkorb-Gesetze einzuzengen. Mit jenem glücklichen Instinkt, der allen geübten Profitjägern zu eigen ist, erkennen so Brot- und Eisenwucherer, daß es schwer anginge, 1902 ohne Socialistengesetz durchzugehen, was man 1879 mit Socialistengesetz glücklich erreichen durfte. Auch zur Citerung politischer Gespenster bedürfen erfahrene Spiritisten und Gesundbeter eines angenehmen Dämmerdunkels. In Deutschland aber wird es Tag.

Der Fall Feilich.

Aus München, 29. Juli, wird uns geschrieben: Bei der Beratung des bayrischen Militärrets für das Jahr 1902 in der Abgeordnetenversammlung brachte heute der Abg. Ad. Müller (Soc.) den „Fall Feilich“ zur Sprache. Er betonte, daß die Militärbehörden in Bayern nicht abnehmen können, wenn die Schuldigen im preussischen Heere förmlich präsumiert werden. Das sei bei dem Hauptmann v. Feilich der Fall gewesen, der nach seiner Rückkehr aus China, wo er 35 Leute mißhandelt hatte, nicht nur mit dem roten Adlerorden beehrt, sondern auch in die preussische Armee hinübergenommen wurde. Im Reichstag habe, als Dr. Sudekum den Fall besprach, der bayrische Militärbevollmächtigte erklärt, diese Dinge seien im großen und ganzen nicht so schlimm gewesen. Auf den Hinweis, daß ein bayrisches Blatt die Mitteilung gemacht hat, Feilich habe sich aus Angst vor einer Kugel aus den eignen Reihen nicht besonders tapfer vor dem Feinde benommen, habe der Militärbevollmächtigte erklärt, gegen dieses Blatt sei ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Unser Redner erklärte nun, daß gegen dieses Blatt — gemeint war die „Münchener Post“ — kein Verfahren eröffnet wurde und zwar aus sehr guten Gründen, und es gehe daraus hervor, daß auch bayrische Militärbevollmächtigte nicht immer die Wahrheit sagen. Der Minister solle sich über die inner- und außerpolitische Seite des Falls Feilich äußern, denn es seien gewisse Dinge vorgekommen, wie es bei einem geordneten Einvernehmen zwischen den Seeresverwaltungen der Bundesstaaten nicht der Fall sein sollte.

Der Kriegsminister entgegnet darauf sehr unwirsch, er glaube nicht, daß die preussische Regierung einen Offizier mit einem Orden auszeichnen würde, der sich vor dem Feinde nicht entsprechend benommen habe. Außerdem bestand für Bayern keine Verpflichtung, die Offiziere, die in das asiatische Corps übergetreten waren, wieder in den Dienst zu nehmen. Er werde sich jeder weiteren Auseinandersetzung enthalten! Den bayrischen Militärbevollmächtigten müsse er vor dem Vorwurf warnen, daß er die Unwahrheit gesagt habe.

Abg. v. Bollmar stellte fest, daß der Militärbevollmächtigte im Reichstag doch eine Behauptung aufstellte, die den Tatsachen nicht entspreche. Der Minister müsse also entweder den Beweis liefern, daß der Bevollmächtigte im Recht war oder eingestehen, daß er sich geirrt habe. Aus den Verhandlungen des Finanzausschusses wisse man, daß der Kriegsminister den Hauptmann v. Feilich im Gegensatz zu andern Offizieren nicht mehr in die bayrische Armee aufnehmen wollte. Wenn Preußen den Mann aufnehmen und auch

noch bevorzugen, so sei das eine Handlungsweise, die die bayrische Militärverwaltung herabsetzen müsse.

Die eigentliche „Erklärung“ des Kriegsministers ist nur ein Beweis dafür, wie unangenehm der Regierung jede Erörterung über den „Fall Feilich“ ist. Da es unzweifelhaft feststeht, daß Feilich im bayrischen Heere nicht mehr aufgenommen wurde, so scheinen wohl andre Umstände dazu beigetragen zu haben, daß er nun in der glorreichen preussischen Armee Unterkunft fand. —

Deutsches Reich.

Kaiserrede.

Nach einer längeren, durch die Nordlandreise veranlaßten Pause hat der Kaiser in Emden eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

„Es hat Gott gefallen, Kaiser Wilhelm dem Großen das zu geben, was seinen Vorgängern verlagst blieb, nämlich ein einiges deutsches Vaterland wiederherzustellen und das Reich mit gewaltigen Sammerschlägen zusammenzuschweißen. Im Reich steht Preußen an erster Stelle; der König von Preußen hat wiederum das, was kein deutscher Kaiser in der Lage war sich zu schaffen, die übliche Handmacht. Auf dieser Basis ist es nun möglich, die Aufgaben wieder aufzunehmen, die mit weitschauendem Blick meine beiden großen Vorfahren (der „große“ Kurfürst und Friedrich der Große), die Sie mit Recht hier durch Standbilder geehrt haben, jederzeit vor Augen hatten und bestrebt waren auszuführen. Ich möchte nicht diesen Tag vorübergehen lassen, ohne auch noch besonders des Verdienstes der Stadt Emden zu gedenken. Die Stadt Emden hat, wie viele Städte unsres Vaterlandes, eine schwere Zeit durchzumachen gehabt. Sie ist eine blühende Handelsstadt gewesen und hat es erleben müssen, daß der Handel andre Wege ging, andre Bahnen zog, und daß ihr blühender Zustand zurückging. Sie hat eine große Rolle in der Geschichte gespielt und trat dann in den Hintergrund. Aber niemals hat Emden durch Schreien und Klagen in Bitterkeit den veränderten Zeiten Rechnung getragen, sondern in stillen innigen Gottvertrauen auf die Zukunft gewartet. Ich möchte diesen Seelenzustand, diese Eigenschaft der Friesen und Emdens nicht besser bezeichnen können, als mit dem Wort, das von meinem hochseligen Vater gesagt ist: „Sie haben gelernt zu leiden, ohne zu klagen“. Fürwahr ein großes Beispiel, an dem sich viele meiner Landesleute ein Muster nehmen sollten. Meine Herren, ich glaube, daß bessere Tage für Sie im Anzuge sind. Der Kanal ist gegraben, das Hinterland ist für Sie geöffnet, die Seeschiffe kommen herein. Es wird an Ihnen liegen, die Konjunktur auszunutzen, an mir wird es sein, den Frieden zu erhalten, damit auch die Stadt Emden einer gedeihlichen Zukunft entgegensehen kann.“

Die gegen die agrarische Schrei-Politik gerichtete Stelle wird den Liberalen gefallen, die Händler verdrängen; diese Politik des stillen stummen Gottvertrauens wird aber schwerlich befolgt werden, sie steht auch nicht im Einklang mit dem ehemaligen kaiserlichen Leitspruch, daß man feste um sich hauen müsse.

Interessanter scheint uns der sorgsame Verzicht auf jede Beteiligung der Kanalvorlage, obwohl der Anlaß, sie zu streifen, geradezu sich aufdrängte. —

Befördert? Der Ober-Regierungsrat Gsch in Posen, der im Falle Löhring eine so seltsame Rolle spielte, soll, nach einer Meldung der „Posener Btg.“, ins Finanzministerium berufen werden.

Was für eine Geborene ist seine Frau?, was ist der Vater? Auf den Fall selbst und das sehr charakteristische Preßtreiben werden wir morgen zurückkommen. —

Die „Freisinnige Zeitung“ und die Correspondenz „Both“ leugnen, daß Herr Müller-Sagan der „Verfasser“ der Sensationsmeldungen aus der Zolltarif-Kommission sei.

Wir haben kein Interesse daran, die komplizierten „Schleudungen“ der Berichterstattung aus der Zollkommission des näheren zu entwirren. Aber Herr Müller-Sagan dementiert wie ein Offizier. Wir haben nicht behauptet, daß er der Verfasser der falschen Meldungen sei, er hat sie direkt sicherlich weder geschrieben noch diktiert. Wir bleiben aber dabei, daß er sie inspiriert und lanciert hat. Oder will Herr Müller-Sagan etwa auch bestreiten, daß er der eifrigste taktische Ausbeuter dieser irreführenden Berichterstattung gewesen ist? —

Einen Kranz auf Widmarcks Grab hat zu seinem Todestag der — Centralverband deutscher Industrieller niedergelegt. Er hatte vermutlich die Inschrift: „Für genossene Güte in ewiger Dankbarkeit und unermüdblicher Kasseierfung.“ —

Au Waldeck's hundertjährigen Geburtstag — 31. Juli 1902 — erinnern freisinnige Blätter. Wahrhaftig, sie wagen es, diese kümmerlichen Epigonen! —

Für Auswanderer nach Transvaal. Der Kommandant von Durban macht bekannt, daß Passagierein Lourenzo-Marques nicht landen dürfen, ohne 20 Pfd. Steel, (400 M.) zu deponieren. Sie müssen einen Erlaubnischein zum Betreten Transvaals haben oder sich eine Versicherung am Ort binnen 8 Tagen verschaffen, widrigenfalls werden sie ausgewiesen.

Dem Militarismus zu Liebe. Aus Breslau wird uns berichtet: Eine schwere Schädigung des Geschäfts müssen sich augenblicklich die Oderschiffer in der Gegend von Brieg gefallen lassen. Weil die Kaiser Pioniere in der Nähe von Gauslau Pionierübungen abhalten, wird der Strom für die Schifffahrt täglich von 6 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gesperrt. Diese einschneidende Maßregel wird bis zum 2. August aufrecht erhalten.

Reibungen im Centrum.

Aus Krefeld wird uns geschrieben: Im Laufe der letzten zwei Jahre sind am Niederrhein von den Arbeitern eine ganze Anzahl Konsumgenossenschaften gegründet worden. Und zwar ging die Gründung zumeist von den Gewerkschaften aus. Da es nun bei den christlichen Gewerkschaftsführern schon zur Gewohnheit geworden ist, alles das nachzugehen, was von seiten der freien Gewerkschaften geschieht, so wuchsen auch die christlichen Genossenschaften wie Pilze aus der Erde. So erobert man das erbebende Schauspiel, daß oft in einem kleinen Orte drei Genossenschaften existieren, denn auch der Niederrheinische Arbeiterverband hat sich demüßigt gefühlt, der Frage der Genossenschaften näher zu treten.

Gegen die christlichen Genossenschaften wird nun von seiten der Handwerker und Kleintrader, welche sich zum Centrum bekennen, mobil gemacht. Der Opposition wurde bis zu dem Münchener Kongress der christlichen Gewerkschaften in der Centrumpresse wenig Beachtung geschenkt. Nun aber dort in München der Kongress sich in einer Resolution zustimmend zu der Genossenschaftsbewegung ge-

äußert, hat sich auch die Centrumpresse der Sache bemächtigt. In scharfen Artikeln äußert sich ein Teil der Centrumpresse über die „Verwischung des Mittelstandes“, welche durch eine Protektion der Konsumvereinsbewegung herbeigeführt werde. Es heißt in einem der Artikel unter anderem:

„Die Gladbacher Schule ist der Anschauung, der Zwischenhandel, d. h. der kleinere und mittlere Kaufmannsstand seien überhaupt nicht dafeinsberechtigt, weil sie nicht produktiv seien; ihr Verschwinden sei daher nicht als ein volkswirtschaftlicher Verlust zu betrachten. Eine derartige geradezu revolutionär wirkende Anschauung, die sich nachgerade zu einer gefährlichen Versuchung der öffentlichen Meinung auswächst, kann nicht scharf genug bekämpft werden. Es ist höchste Zeit, daß man sich diese Art von Gladbach angehende Socialpolitik etwas näher besieht — und sich seitens des Mittelstandes danach einrichtet. Insbesondere hat es die dem Mittelstande angehörige Bevölkerung zu überlegen, ob sie in Zukunft dem Volkverein für das soziale Deutschland noch beitreten soll; denn die Mitglieder-Beiträge dieses Vereins ermöglichen allein die für den Mittelstand gefährlichen socialpolitischen Gladbacher Experimente. Nicht minder hat die politische Partei allen Grund, hier nach dem Rechten zu sehen. Nicht auf den unsicheren Arbeitermassen beruht die Kraft der Partei, sondern auf dem Mittelstand.“

Auf Grund dieser Artikel ist nun der Kampf entbrannt, die Gladbacher Richtung, die Herren Giesberts und Genossen bilden die Antwort nicht schuldig. Jeder der kämpfenden Teile nimmt für sich das Lob in Anspruch, die beste Stütze des Centrums zu sein. Interessant ist folgender Satz aus einem Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“:

„Und nun soll dem armen Arbeiter, der jedes Stüchlein, was er in den Mund steckt, jeder Gegenstand, den er braucht, mit barem Geld bezahlen muß, verwehrt sein, jedes Bedürfnis durch gemeinsamen Bezug in Konsumvereinen etwas billiger und besser einzulösen, als dies in den Hüttenladen geboten ist? Nur ein einseitiger Interessentennach kann so etwas verlangen.“

Diese Herren Giesberts, Brust und Schiffer, welche als Agitatoren des Centrums für den Brotwucher eintreten, heucheln hier dem Arbeiter ein solches Mitgefühl vor. Die Führer der christlichen Gewerkschaften Gladbacher Richtung müssen jetzt den Kampf nach so vielen Fronten führen, daß es nur eine Frage der Zeit sein kann, wann sie schmachtm sind. Von der einen Seite macht ein Teil der Geistlichkeit unter Führung des Bischofs von Trier Front, während an der andern Seite wieder mit seinem Gefolge steht. Jetzt kommt der Teil der Centrumpresse, welcher dem Mittelstand zur Verfügung steht, und zum Schluß die christlichen Fabrikanten, denen die christlichen Gewerkschaften schon längst ein Dorn im Auge sind.

Diese Gegensätze und Eindrücke auszugleichen, dazu gehört schon ein Genie, welches vorläufig in der Centrumpartei noch nicht vorhanden ist. —

Ausland.

Der Gemeinderat von Marseille. — Nachwahlen. — Zur Älter Stichwahl.

Paris, 29. Juli. (Fig. Ver.) Am Sonntag fanden Neuwahlen in den aufgelösten Gemeinderat von Marseille statt. Die Auflösung war verursacht worden durch die Rasterung einer Anzahl Wahlen auf Beschluß des Staatsrates und die darauf erfolgte Demission eines Teiles des Gemeinderates.

Der Wahlkampf stand im Zeichen der antilokalistischen Ordnungstretter gegenüber der bisherigen socialistischen (guesdistischen) Mehrheit, die den Gemeinderat seit 1892 beherrscht. Das Ordnungstactat hat aber — nach hier zu Lande bedächtigem Muster — eine „socialistische“ Partei mit angelegt. Sein langer Name ist: „Radikale, republikanische, socialistische und antilokalistische Union“. Die Kandidatenliste des Kartells hat nun leider in der Hauptwahl bedeutenden Erfolg erzielt. Ihre durchschnittliche Stimmzahl beträgt 27 000 gegenüber bloß 21 000 Stimmen der Liste der bisherigen socialistischen Mehrheit mit dem Bürgermeister, Genossen Flaissières, an der Spitze. Gewählt wurde nur der Führer des Ordnungstactates, Chanot, Präsident des Generalrats des Departements, und zwar mit 29 556 Stimmen, während Flaissières nur 29 723 Stimmen erhielt.

In der kommenden Stichwahl geben den Ausschlag zwei weitere gegnerische Listen, für deren nähere Charakteristik die Angaben fehlen, mit insgesamt 9000 Stimmen. Die bisherige socialistische Mehrheit könnte sonach die Niederlage abwenden nur durch Herausziehung der Reserve. Von 92 392 eingeschriebenen Wählern haben nämlich im ersten Wahlgang bloß 57 975 abgestimmt.

Das Wahlergebnis scheint vor allem auf die bedrängte Finanzlage der Stadt Marseille zurückgeführt werden zu sollen.

Im 2. Wahlgang von Montbrison (Loire) ist an Stelle des verstorbenen Radikalen Dorian dessen Sohn, gleichfalls Radikaler, in die Kammer gewählt worden. Bei schwächerer Wahlbeteiligung als in den allgemeinen Kammerwahlen hat sich das Stimmverhältnis etwas zu Ungunsten der Radikalen verschoben. Er erhielt 9082 gegen 9738 liberal-monarchistische Stimmen, während in den allgemeinen Wahlen 10 148 Radikale (1086 mehr) 7156 reaktionären Stimmen (428 mehr) gegenüberstanden.

In Vesoul (Haute Saone) haben in Gemeinde-Nachwahlen die Radikalen fünf Sitze auf Kosten der Nationalisten gewonnen. Damit erringen sie die Mehrheit. Die Nachwahl war die Folge der Auflösung des Gemeinderates, der sich über die Kongregationsfrage in zwei gleiche Hälften gespalten hatte. Nach dem Vereinsgesetz haben nämlich die Gemeinderäte ein Gutachten über die Genehmigungsgesuche der Kongregationen abzugeben.

In Ville hat das radikale Komitee nach einigem Hangen und Wanken seinen Kandidaten für die Kammer „einfach“ zurückgezogen, d. h. ohne den radikalen Wählern eine der sich gegenüberschenden guesdistischen und melinistischen Stichwahl-Kandidaturen zu empfehlen. Dieselbe verratene Haltung der radikalen Organisation hatte bekanntlich schon in den allgemeinen Kammerwahlen den Erfolg der Melinisten herbeigeführt. Aus Protest gegen den Beschluß hat das radikale Gemeinderatsmitglied Dufour demissioniert. —

Chamberlains Programm für Südafrika.

In der bereits kurz mitgeteilten Unterhausrede führte Chamberlain das weitere aus: Eine vollständige sofortige Zurückführung der Voereingefangenen in das Vaterland sei unmöglich und würde zu den schlechtesten Ergebnissen führen. Der Zeitpunkt der Zurückführung werde gänzlich nach praktischen Überlegungen festgesetzt werden. Die Vergütung werde sich angelegen sein lassen, denen, die sich ergeben haben, die Treue zu halten. Er sei optimistisch genug, anzunehmen, die Selbstregierung würde sich eher erweisen lassen, als man meinsten glaube. Die Boeren selbst seien gegen die Übernahme von Steuern durch Männer ihrer Klasse, und hätten erklärt, sie würden England bevorzugen, wenn sie ihnen sympathisch seien. (Weisung.) Es würde daher zunächst rationell sein, bis einige bittere Erinnerungen ausgelöscht seien, englische Beamte in größerer Zahl an der Verwaltung zu beteiligen.

Bzüglich der **Wekenerung der Bergwerke** erklärte Chamberlain, die Regierung werde in keiner Weise in die Entwicklung der Minen eingreifen. In ihnen lägen sichere Einnahmequellen, die zur Wiedererlangung eines Teiles der Kriegskosten verwendet werden könnten. Diese Quellen seien aber nicht in den jetzt bestehenden Minen zu finden. Der Grund für den ungeheuren Nutzen,

der aus den Minen gezogen wurde, war der, daß die Eigentümer sie unter einer ganz unangemessenen Abgabe an den Staat betreiben könnten. Die Regierung hoffe, diesem Zustande ein Ende zu machen, und man könne auch erwarten, einen gewissen Anteil an dem Ueberfluß aus den Eisenerzminen in Transvaal zu erhalten. Aus diesen beiden Einnahmequellen könne man jährlich eine Summe ziehen, die genüge, um eine Anleihe zu rechtfertigen, welche zur Erhebung der Kosten, die dieses Land verursache, verwendet werden könnte.

Was die Arbeiterfrage anbetrifft, so begünstigt er jede Erleichterung, die der Einstellung von eingeborenen Arbeitern gewährt würde, aber er sei ein Gegner der Zwangsarbeit. Er begünstigt auch die Bewegung, die auf weitere Einstellung weißer Arbeiter hinführt.

Die Regierung verlange nicht, daß die Boeren ihre alten Traditionen aufgeben, und hoffe, daß sie die besten Eigenschaften ihrer Rasse zeigen und mit den Engländern gemeinsam für die Wohlfahrt Südafrikas unter englischer Flagge wirken werden. (Weiß.)

Ein gigantischer Prozeß.

Der Nieseprozeß, der unter dem Namen „Prozeß Palizzolo“ seit dem September vor. J. vor dem Tribunal zu Bologna sich abspielt, wird demnächst, vorausgesetzt, daß nicht weitere Zwischenfälle eintreten, sein Ende erreichen. Es ist erklärlich, daß ein Prozeß von solcher Dauer schließlich aufhört, das Publikum zu interessieren; die Blätter brachten schon seit Monaten nur noch kurze Notizen über die teilweise recht eintönig sich hinschleppenden Verhandlungen, die Zeichnungen des Zuschauerraumes blieben verwaist.

Der ehemalige sizilianische Deputierte Palizzolo wird, wie erinnerlich, beschuldigt, die Ermordung des Barons Rotarbartolo, des Direktors der Bank von Palermo und die des palermitanischen Eigentümers Ricelli durch gedungene Banditen veranlaßt zu haben. Auf der Anklagebank mit ihm sitzen sechs Individuen, beschuldigt, die oben bezeichneten Morde ausgeführt zu haben. Anfang des Monats August, als nach zehnmonatlicher Dauer, hofft man endlich zur Urteilsfällung schreiten zu können. Welch eine riesige Arbeit bei diesem Prozeß zu bewältigen war, möge aus nachstehenden Zahlen entnommen werden:

Das Protokoll wird 78 bis 80 Bände umfassen. Bis zur Zeit haben circa 200 Sitzungen stattgefunden; während der Dauer von sechs Monaten wurden insgesamt 608 Zeugen vernommen. Unter diesen befanden sich 3 Urmisler, 6 Senatoren, 11 Deputierte, 4 Präfecten, 5 Polizei-Kommissare, 12 Bürgermeister usw. Jeder Zeuge hat eine Anklage wegen Mord und Verleumdung zu lesen. Jeder hat zwei bis acht Tage gesprochen. Man kann sich vorstellen, welchen Anstrengungen, namentlich in der jetzigen Zeit der Hundstagshitze, die Prozeßbeteiligten unterworfen sind. Zwei Richter sind während der Zeit krank gewesen, einer derselben ist gestorben, während der Hauptverhandlung, der Deputierte de Ricolo, sich seit einigen Monaten in einer Krankenabteilung befindet.

Palizzolo selbst ist während der Dauer des Prozesses abgemagert, gealtert und hat seine Energie, die er Anfang des Prozesses an den Tag legte, vollständig verloren. Die anderen Angeklagten sind gebrochen und folgen den glänzenden rhetorischen Leistungen ihrer Verteidiger mit gleichgültiger Miene. Drei der Verteidiger haben noch zu sprechen, außerdem wird Palizzolo selbst zu seiner Verteidigung das Wort nehmen.

Was die Kosten des Prozesses anlangt, so betragen sie bis jetzt schon über 1/2 Millionen Frank, wovon 60 000 auf die Zeugen entfallen.

Schweiz.

Beendigung des Schweizerisch-italienischen Konflikts. Bern, 30. Juli. Antich wird gemeldet: Dank der guten Dienste der deutschen Reichsregierung haben die Schweizerische und die italienische Regierung, um ihre bezüglichen Vertretungen wieder in normale Verhältnisse zu bringen, beschlossen, unter gleichzeitiger Würdigung ihrer respektiven Gesandten Dr. jur. Carlin und Sitestrelli die vorläufige Leitung der respektiven Gesandtschaften den ersten Sekretären derselben, Legationsrat Fernand du Plessis und Cavalieri de Martino bis zur bald bevorstehenden Ernennung neuer Titulare zu übertragen.

Frankreich.

Vom antikerikanischen Krieg. Ministerpräsident Combes empfing heute vormittag den Vorsitzenden des Stadtrates von Paris Wendler, welcher die in Paris durch die Schließung der Kongreganisten-schulen geschaffene Lage besprach. Combes antwortete, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um alle Schüler der Kongreganistenanstalten in die öffentlichen Schulen aufzunehmen.

Die Dekrete, durch welche die amtliche Schließung weiterer Kongreganistischer Niederlassungen angeordnet wird, werden wahrscheinlich am Freitag in einem in Rambouillet stattfindenden Ministerrat unterzeichnet werden.

In Paris wird in bretonischer Sprache abgefaßte Flugblätter verteilt, in denen die Landbewohner zum Widerstand aufgefordert werden. Die Wachen vor den Schulen der Schwärmer sind überall verdoppelt worden.

In Saint Neon wurde auf zwei Personen geschossen, welche riefen: „Wieder mit den Priestern!“ Die Personen wurden nicht verletzt. Mehrere religiöse Anstalten in Saint Etienne beschlossen Widerstand zu leisten; die Sozialisten wollen zu Gunsten der Anwendung des Gesetzes Kundgebungen veranstalten.

Der Polizeikommissar in Concarneau begab sich nach der Niederlassung der Schwärmer, um diesen zu raten, sich zu unterwerfen, konnte aber nicht bis zu der Schule vordringen, da der dorthin führende Weg von Schiffen, Fischern und Frauen bewacht wurde.

England.

Die Gewerkschaften und das neue Schulgesetz. 109 englische Trades Unions liehen durch John Burns dem Parlament eine Petition einreichen, welche die Unterschriften von 1 250 000 organisierten Arbeitern trägt. Darin wird gegen das reaktionäre Schulgesetz, das gegenwärtig im Parlament zur Diskussion steht, protestiert.

China.

Die Bezahlung der chinesischen Kriegsschuldigung. Die „Times“ melden aus Shanghai, der dortige Bankier-Ausschuß habe die Mitteilung erhalten, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten den Versuch aufgeben, die übrigen Mächte zur zeitweiligen oder dauernden Entgegennahme der Kriegs-Schuldigungs-Zahlungen auf der Silberbasis anstatt der Goldbasis zu veranlassen.

Parlei-Nachrichten

Der Tod des Genossen Jens Christensen, den wir in gestriger Nummer melden mußten, wird erinnert an die glückliche Zeit der Spring-Nachlow, Puttkamer und sonstiger Ehrenmänner. Man schreibt uns dazu:

Der Alexen Berliner Genosse ist Genosse Christensen in sehr guter Erinnerung. Seine Abweisung aus Berlin erfolgte auf Grund des Sozialistengesetzes, „verdient“ hätte er sich dieselbe, weil er hervorragenden Anteil an der Entlassung des Polizeipräsidenten Spring-Nachlow hatte.

An der Hand des vom Genossen Christensen aufgenommenen Protokolls bedachte Singer im Reichstage die Schandthaten des Spring-Nachlow auf, der den Genossen Unterdrückung in dem Gebrauch chemischer Tinte erteilte, und als Werbung stets den Satz „Kauf Revolver“ wählte. Als einer von den Zeugen, die Singer im Reichstage nannte, wurde Christensen wegen Verleumdung eines „ehrenhaften Mannes“

— so nannte Puttkamer seine Agents provocateurs — auf die Anklagebank geschleppt und auch in erster Instanz zu — treten wir nicht — sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der zweiten Instanz kam die Sache jedoch anders. Singer hätte für die Richtigkeit der von ihm geschilderten Spitzeltätigkeit Spring-Nachlows sechs Zeugen zur Verfügung. Vorsichtigerweise nannte er im Reichstage nur zwei Namen, um — wie er in richtiger Beurteilung der Puttkamerschen Taktik ausföhre — zu verhindern, daß alle Zeugen in Angeklagte verwandelt werden konnten.

In der Gerichtsverhandlung zweiter Instanz bestätigten vier Zeugen Punkt für Punkt die Angaben des Angeklagten Christensen, und die Folge war eine glänzende Freisprechung, da der Beweis der Wahrheit aller Behauptungen in vollem Umfange vom Gericht als erbracht anerkannt wurde.

Unmittelbar nach dem Freispruch erfolgte die Ausweisung des Genossen Christensen. Bei Schluß der Reichstage-Session wurde auch Genosse Singer ausgewiesen, und damit dem „ehrenhaften Mann“, an dessen Reinheit das Gericht nicht geglaubt hat, eine echt puttkamersche Gemüthsart gegeben, die durch die Verleumdung des allgemeinen Ehrenzeichens noch erhöht wurde.

Reichstage-Kandidaturen. Die Parteigenossen des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises proklamierten in ihrer Generalversammlung den bisherigen Vertreter des Kreises, Genossen Schippel, abermals einstimmig als Kandidaten für die nächste Wahl.

In einer Generalversammlung des Kreiswahlvereins für den Wahlkreis R.-Gladbach wurde der Genosse E. Haberland-Darmen wieder als Reichstags-Kandidat aufgestellt.

Der Sozialismus in Neuseeland. In einigen Briefen, die in der „Justice“ und im „Labour Leader“ veröffentlicht werden, werden Mitteilungen gemacht über die sozialistische Bewegung in Neuseeland.

Danach besteht eine fest organisierte sozialistische Partei in Neuseeland seit etwa 10 Monaten. Der erste Verein wurde in Wellington gegründet; Zweigvereine bestehen jetzt bereits in fast allen größeren Städten. Bemerkenswert ist, daß in der Stadt Christchurch der Gewerkschaftsrat mit der Partei-Organisation zusammen arbeitet. Zwei Führer des Gewerkschaftsrates erklärten ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Partei, Tom Mann, der belannte englische Sozialist, von dessen Abreise nach Neuseeland wir seiner Zeit berichteten, hat dort kräftig in die Bewegung eingegriffen. In Wellington finden jede Woche mehrere Versammlungen unter freiem Himmel statt mit Tom Mann als Redner. Ferner hat er eine Reihe Flugblätter verfaßt, in welchen er in populärer Weise Wesen und Ziele des Sozialismus auseinandersetzt.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Sonntagheiligung und Flugblattverbreitung. Vor dem Saarbrücker Gericht in Saarbrücken standen sechs Parteigenossen unter der Anklage, die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagheiligung verletzt zu haben. Sie hatten teils Sonntag den 20. April, teils am Ostermontag, jedesmal zwischen 8 und 9 Uhr auf der Straße in Gerweiler auf die Saarbrücker Reichstags-Wahlwahl bezügliche Flugblätter und Stimmzettel verteilt. Die Bewohner kamen zum Teil an sie heran und nahmen die Sachen entgegen. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Die schriftlich vorliegende Urteilsbegründung lautet: „Die Angeklagten waren von der Anklage aus § 366 I des Strafgesetzbuchs und § 2 der Regierungspolizeiverordnung vom 14. Dezember 1893 freigesprochen. Das erkannte Motiv der genannten Vorschriften besteht darin, das religiöse Gefühl des christlichen Publikums durch Unterbrechung der werthmäßigen, auf den Erwerb gerichteten oder die Feiertagsruhe in der Öffentlichkeit störenden Beschäftigungen zu schützen. Eine Arbeit wie das Verteilen von Wahlzetteln kann an sich das religiöse Gefühl ebenso wenig verletzen, wie das Verteilen von Tagesblättern. Ob der Inhalt der Wahlzettel geeignet war, das religiöse Gefühl der Bewohner von Gerweiler zu verletzen, ist nicht festzustellen und unerheblich, weil er erst durch ein freiwilliges Lesen zur Kenntnis der Bewohner gelangte.“ Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Aus Industrie und Handel.

Zum Jahresabschluss der Schudert-Gesellschaft. Der „Berl. Wörten-Courier“ hatte die von dem Kassirer der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schudert u. Co. festgesetzten Abschreibungen als völlig unzureichend bezeichnet und als Beispiel dafür genannt, daß die Aktien der kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (einer Tochtergesellschaft von Schudert u. Co.) mit 60 Proz. in die Bilanz eingestellt worden seien. Andererseits drachten die „Hamburger Nachrichten“ die Mitteilung, daß diese Aktien mit 50 Proz. gegen 66,88 Proz. im Vorjahre bewertet worden sind. Diesen Erörterungen gegenüber teilt jetzt die Schudert-Gesellschaft mit, daß hauptsächlich in der diesjährigen Bilanz der Gesellschaft der Wegfall von Aktien der kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu 50 Proz. eingesetzt seien. Zugleich wird angekündigt, daß der Geschäftsbericht der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schudert und Co. für das abgelaufene Jahr anfangs nächster Woche erscheint, und die Generalversammlung voraussichtlich am 27. August stattfindet.

Hoffentlich ist der Geschäftsbericht ein derartiger, daß aus ihm zu erhellen ist, mit welchen Prozentfäßen die im Besitz der Gesellschaft befindlichen Werte in die Bilanz eingestellt sind, und ferner wie sich der Verlust von ca. 22 Millionen Mark im einzelnen zusammensetzt, denn zu dem angegebenen Verlust von 15 1/2 Millionen Mark ist noch der ganze nicht ausgeschüttete Gewinn des Vorjahres mit 6,24 Millionen Mark hinzuzurechnen. Da die Aktien der kontinentalen Gesellschaft diesmal nur mit 50 Proz. gegen 66,88 Proz. im Vorjahre bewertet worden sind und die Schudert-Gesellschaft bei Schluß des vorigen Geschäftsjahres 28 820 000 M. kontinentale Aktien besaß, die mit 19 274 880 M. eingestellt waren, so wäre ihre aus dieser Minderbewertung ein Verlust von 4 884 880 M. erwachsen, der sich noch etwas erhöht, wenn mittlerweile weitere Aktien der kontinentalen Gesellschaft erworben worden sind. Rechnet man hierzu den Verlust von 600 000 M. an der kontinentalen Gesellschaft und veranschlagt die Minderbewertung der im Vorjahre mit insgesamt 23,6 Mill. Mark aufgeführten Vorräte an Kohlen und Erzeugnissen mit etwa 5 Millionen Mark, so würde man auf einen Verlust von 10—11 Millionen Mark kommen. Da sich aber der Verlust des abgelaufenen Jahres auf etwa 22 Millionen Mark stellt, so bleibt immer noch aufzuklären, worin der Verlust der abgelaufenen 11—12 Millionen Mark besteht.

An der Börse dauert die Erregung über den Abschluß noch immer an. Nachdem gestern schon die Aktien der Schudert-Gesellschaft um 5 1/2 Proz. der kontinentalen Gesellschaft um 3 1/4 Proz. gefallen waren, gaben sie heute um weitere 2 beziehungsweise 3 1/4 Prozent nach.

Sardener Bergbau-Gesellschaft. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde gestern die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 8 Millionen auf 60 Millionen Mark beschlossen, ebenso die Ausgabe der früher bereits genehmigten Anleihe von 6 Millionen Mark 4-prozentiger Obligationen. Die hierdurch flüssig werdenden Mittel sollen zum Ausbau der neuen Schächte und sonstigen Neu-Anlagen dienen. Das der Gesellschaft naheliegende Vorkommen übernimmt die neuen Aktien zum Kurse von 135 Proz. mit der Verpflichtung, sie zu 140 Proz. den alten Aktionären zur Verfügung zu stellen. Der Versammlung wurde von der Verwaltung bekannt gegeben, daß der Ueberfluß des abgelaufenen Geschäftsjahres auf rund 14 Millionen Mark festgestellt ist; hiervon sollen 8 Millionen Mark zu Abschreibungen und 6 Millionen Mark zur Zahlung einer Dividende von 10 Proz. verwendet werden.

Des Kohlenhandels Ende. Wie schon verschiedentlich gemeldet worden ist, rebelliert ein Teil der dem rheinisch-westfälischen Kohlenbund angeschlossenen Zechen, vornehmlich der Magerkohlen-Zechen, gegen die Syndikatsleitung und verlangt größere Berücksichtigung. Nach der „Kölnischen Zeitung“ ist nunmehr hauptsächlich die Aufgabe des von den Zechenbesitzern eingesetzten Ausschusses, die Erneuerung des Kohlenbund-Vertrages vorzubereiten und Verhandlungen mit den aufstehenden Zechen behufs Beitritt zu führen, als vorläufig geachtet zu betrachten. Öffentlich würden die Zechen ihre Ansprüche auf das erfüllbare Maß zurückdrängen, da sonst eine Verlängerung des Syndikats in Frage gestellt sei. Ob das Coals-Syndikat künftig als Unterabteilung dem Kohlenbund angegliedert wird oder selbstständig bleibt, wird sich demnächst entscheiden.

Ausfuhr und Einfuhr der Vereinigten Staaten im Rechnungsjahre 1901/02. Nach der soeben veröffentlichten amtlichen Statistik ist in dem mit dem 30. Juni beendeten Fiskaljahr 1901/02 der Export seinem Werte nach um 105 732 000 Doll. hinter dem des Vorjahres und um 12 450 000 Doll. hinter dem Export von 1899/1900 zurückgeblieben, übertrifft aber die Exportziffern aller übrigen Jahre. Die Importzahlen, die von keinem der vorangegangenen Jahre erreicht werden, übersteigen die des Vorjahres um 79 789 000 Doll. und die von 1899/1900 um 52 970 000 Doll. Die gesamte Einfuhr stellt sich auf 902 911 000 Dollar gegen 828 172 000 Dollar im Vorjahre, die Ausfuhr auf 1 882 033 000 Dollar gegen 1 487 765 000 Dollar; der Ueberfluß der Ausfuhr beläuft sich auf 479 122 000 Dollar gegen 664 598 000 Dollar.

Von dem gesamten industriellen Export gingen 52 Proz. nach Europa, 8 1/2 Proz. nach Asien, 7 Proz. nach Ozeanien und ungefähr 8 Proz. nach Afrika. Der Gesamtwert der Ausfuhr nach Europa beträgt 215 Millionen Dollar, nach Asien 83 1/4 Millionen, nach Ozeanien 29 und nach Afrika 10 1/4 Millionen Dollar. Bei der Ausfuhr nach Europa stehen Eisen und Stahl in bearbeitetem Zustande an erster Stelle.

Kanadischer Stahlruß. Nach einer Laffan-Meldung wird dem „Daily Express“ aus Ottawa berichtet: Mit einem Kapital von 8 000 000 Pfund Sterling ist gestern die Canadian Steel Corporation (Kanadischer Stahlruß) in das Handelsregister eingetragen worden. Die Bildung dieser Gesellschaft bedeutet einen neuen Versuch der kanadischen Eisenindustrie, mit dem amerikanischen Stahlruß in Wettbewerb zu treten.

Die kanadische Regierung hat nach einem Kabeltelegramm der „Morning Post“ aus Montreal der neugegründeten Canadian Steel Corporation in dem Bestreben, die heimische Industrie zu ermutigen, eine Unterstüzung von 5 Millionen Dollar versprochen und zugestimmt, die Corporation auf 20 Jahre von allen Abgaben zu befreien.

Sociales.

Die Arbeits- und Fabrikaufsicht in Dänemark.

Der vom vorliegenden Jahresbericht über die dänische Arbeits- und Fabrikaufsicht für das Finanzjahr 1901—1902 zeigt sowohl die Wirksamkeit des Fabrikgesetzes von 1878 als auch die des neuen, das mit dem 1. Januar 1902 in Kraft trat. Bis zum Ende des Jahres 1901 standen nach dem Gesetz von 1878 und dem noch geltenden Gesetz über Maschinenführung von 1889 im ganzen 7151, darunter 1834 ambulante Betriebe unter Aufsicht. Hier von waren 8790 eigenliche industrielle Betriebe, worin am Ausgang des Jahres 3277 Kinder im Alter von 10—14 Jahren, 8443 junge Menschen von 14—18 Jahren und 65 189 erwachsene, im ganzen 76 899 Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen 8790 Betrieben bennigten 3619 Maschinenkraft, die 54 929 Pferdekräfte repräsentierten. Die Zahl der industriellen Betriebe hat sich um 138 vermehrt.

Die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Kinder hat im Laufe des Jahres um 200 abgenommen, die Abnahme erstreckt sich besonders auf die Tabak- und Glasfabriken. Die Zahl der jungen Arbeiter hat dagegen um 150 zugenommen. Hinsichtlich der erwachsenen Arbeiter ist aber trotz der Vermehrung der Betriebe ein Rückgang um 1276 (1000 Männer und 218 Frauen) eingetreten. Diese Arbeitseinschränkung trifft besonders die Ziegels-, Metall- und Textilindustrie.

Die Arbeitszeit betrug in Kopenhagen im Sommer in 48 Proz. der Betriebe 10 Stunden, in 34 Proz. 9 1/2 Stunden und darunter, im Winter fand eine kleine Verschiebung zu Gunsten der kürzeren Arbeitszeit statt. In den Provinzen war die Arbeitszeit im allgemeinen etwas länger, doch herrschte auf den Inseln Volland-Halbinsel die 10stündige im Sommer in 56 Proz., im Winter in 48 Proz. der Betriebe. — Im übrigen kann konstatiert werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr fortschreitet. Ende 1874 hatten nur 41,7 Proz. aller industriellen Betriebe eine Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden und darunter, 1901 waren es 91,2 Proz. Der größte Fortschritt wurde in dem Jahrespaar 1898—1901 erzielt, nämlich von 50,9 auf 91,2 Proz.

Meierei- und Landwirtschaftsbetriebe fanden 1652 unter Kontrolle mit 6051 Arbeitern (4013 Männern und 2039 Frauen); außerdem noch 1394 nicht industrielle Betriebe anderer Art einschließlicher mobiler Maschinen.

Mit Inkrafttreten des neuen Fabrikgesetzes am 1. Januar d. J. wurde die ganze Fabrikaufsicht umorganisiert. Sie wurde einem Direktorat unterstellt, das Aufsichtspersonal wurde bedeutend vermehrt und die Kreiseinteilung des Landes verändert, so daß jetzt statt 15 18 Aufsichtskreise bestehen mit 22 Inspektoren (darunter eine Inspektorin) statt der früheren 15 Inspektoren. Die Zahl der der Aufsicht unterstellten Betriebe ist um ca. 2400 vermehrt, wovon jedoch gegen 1500 früher der zur Durchführung des Maschinen-Gesetzes eingesetzten Aufsicht unterstellt waren. Nach dem alten Fabrikgesetz konnten nur Fabriken oder fabrikmäßige Betriebe der Aufsicht unterstellt werden, nach dem neuen jedoch jeder, auch der kleinste handwerksmäßige Betrieb, wenn es zweckmäßig erscheint und der Betrieb nicht in anderer Hinsicht außerhalb des Rahmens des Gesetzes steht. — Die Zahl der unter Fabrikaufsicht stehenden Kinder ist seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes von 3277 auf 3466 gestiegen, die der jungen Menschen von 14—18 Jahren von 8443 auf 9100. —

Die Strafen, die wegen Uebertretung des Fabrikgesetzes verhängt wurden, waren ziemlich milde. Ein Buchdrucker, der ein Kind unter 12 Jahren in Arbeit genommen hatte, wurde zu 25 Kronen Strafe verurteilt, der Vater des Kindes kam mit einer Warnung davon; ein anderer Buchdrucker mußte wegen Beschäftigung eines Kindes nach 8 Uhr abends 20 Kronen Strafe zahlen. Im ganzen zogen nur 6 Uebertretungen Anklagen und Strafen nach sich. Eine größere Zahl von Verstrafungen, nämlich 109, führte die Verletzung der im neuen Gesetz festgesetzten Anmeldepflicht der Arbeitgeber mit sich; die Summe der hierfür eingekommenen Strafgebühren betrug 1100 Kronen.

Das lebenskräftigste Volk Europas sind die Schweden. In dem Jahresbuch 1888—1895 war die durchschnittliche Sterblichkeitsziffer 18,49 pro 1000 Einwohner, das ist, wie das mit Staatsunterstützung herausgegebene Handbuch über „Schwedens Land und Volk“ bemerkt, die niedrigste Sterblichkeitsziffer, die je für ein europäisches Volk festgestellt wurde und wahrscheinlich auch die niedrigste in der ganzen Welt. — Sie ist übrigens inzwischen noch weiter herabgegangen, so daß sie in den Jahren 1900 und 1901 nur 16,10 auf 1000 Einwohner betrug. —

Aus der Frauenbewegung.

Der Münchner Stellnerinnenverein hat ein nützliches Büchlein herausgegeben, das den Titel führt: „Kleine Rechtskammer für Münchner Stellnerinnen“. Von einem Juristen verfaßt, behandelt es in an-

schälicher Weise und einfacher Sprache die verschiedenen Abschnitte des Arbeitsverhältnisses, wie Arbeitsantritt, Kündigung und Kündigungsfrist, Folgen des Routraktbruchs, Haftung der Kassiererinnen, Zeugnisse, Dienstbücher und Arbeitsbücher. Dann wird der Prozessweg für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis geschildert, die Arbeiterversicherung, Arbeitsnachweis und Arbeiterschutz. Das im Verlage von C. Wed (Zuh. L. Haile) in München erscheinende Büchlein, das 1 M. kostet, ist zwar speziell auf Münchner bezw. bayerische Verhältnisse zugeschnitten, dürfte aber auch an anderen Orten den Kleinrentnern ein willkommenes Ratgeber sein.

Frauenarbeit in der französischen, belgischen und deutschen Industrie.

Das neueste Heft des Bulletin „de l'Office du Travail“ (offizielles Organ des französischen Handelsministeriums) enthält eine vergleichende Statistik, in welcher für die einzelnen Industrien in den oben bezeichneten Ländern der Anteil der Frauenarbeit festgestellt wird. Die Ziffern beruhen für Deutschland auf der Gewerbezahlung von 1895, für Belgien auf der Zählung von 1896 und für Frankreich auf der Volkszählung von 1896. Danach kommen in der Gesamtindustrie auf je 100 beschäftigte Männer in Deutschland 25, in Belgien 33 und in Frankreich 51 Frauen. Die starke Beteiligung der Frauenarbeit in Frankreich wird vor allem herbeigeführt durch die Textil- und Bekleidungsindustrie. In diesen Gruppen kommen in Frankreich auf je 100 Männer 256 Frauen, während in Belgien auf dieselben nur 194, in Deutschland nur 114 Frauen entfallen. Auch in den Nahrungsmittelindustrien und in der Metallindustrie ist der Prozentsatz der beschäftigten Frauen in Frankreich größer als in den beiden anderen Ländern; in der ersten genannten ist das Verhältnis Deutschland 15, Belgien 7, Frankreich 22 Proz., in der letzteren 5, bezw. 5, bezw. 7 Proz. Dagegen steht Deutschland in der chemischen und in der keramischen Industrie mit 46 bezw. 24 Proz. obenan; Belgien beschäftigt in der ersten 25, in der letzteren 18 Proz., Frankreich 40 bezw. 18 Proz.

Vergleichen wir aber die absoluten Zahlen, so stellt sich heraus, daß in Deutschland doch in den meisten Industrien viel größere Massen von Frauen beschäftigt sind. So arbeiteten z. B. in der deutschen Bergwerksindustrie 16702 Frauen, während in der belgischen nur 10395 und in der französischen nur 8204 Frauen beschäftigt waren. In der Nahrungsmittel-Industrie ist das Verhältnis wie folgt: Deutschland 80 985, Belgien 5618, Frankreich 79 885, chemische Industrien: 140 569 bez. 9859 bez. 45 692, polygraphische Industrien: 24 712 bez. 998 bez. 15 656, Bau-Industrie: 35 991 bez. 769 bez. 8920, Metall-Industrie: 59 192 bez. 6000 bez. 41 236. Der Vorsprung Frankreichs beruht, wie schon oben bemerkt, fast lediglich auf der Textil-, Konfektions-, Bekleidungs- und Wäsche-Industrie; hier sind die Zahlen wie folgt: Deutschland 1054 613 (Männer 928 825), Belgien 213 059 (Männer 109 651), Frankreich 1 578 333 (Männer 615 946).

Gewerkschaftliches.

Amerikanisches Lohnsystem.

Durch die bürgerliche Presse geht gegenwärtig eine der „Socialen Praxis“ entnommene Notiz, welche die „Vorzüge“ des sogenannten amerikanischen Lohnsystems veranschaulichen soll. Nach jener Darstellung besteht dies System in folgendem: Für die auszuführende Arbeit wird — durch die Betriebsleitung — eine bestimmte Zeit festgesetzt, welche nie länger bemessen werden soll als die beste Zeit betrug, in der dieselbe Arbeit mit den gleichen Werkzeugen im Tagelohn ausgeführt wurde. Braucht der Arbeiter zur Fertigstellung der Arbeit weniger als die vorgegebene Zeit, so erhält er außer dem Lohn für die wirklich aufgewandte Zeit noch als Zuschlag die Hälfte des Lohnes für die ersparte Zeit. Das sind die Grundzüge des sogenannten amerikanischen Lohnsystems. Erläutern wir dasselbe an einem Beispiel:

Angenommen, der Stundenlohn beträgt 50 Pf. und die Arbeit ist mit 50 Stunden veranschlagt, so würde die betreffende Arbeit 25 M. Lohn kosten. Gelänge es dem Arbeiter, schon in 40 Stunden fertig zu werden, so erhält er 40 x 50 Pf. = 20 M., und die Hälfte des Lohnes für die ersparten 10 Stunden = 2,50, im ganzen also 22,50 M. Wenn die Arbeit nun gar in 30 Stunden fertiggestellt wird, so erhält der Arbeiter 30 x 50 Pf. = 15 M. + 5 M., im ganzen 20 M., und wenn der Arbeiter nur 20 Stunden nötig hat, so beträgt sein Lohn 20 x 50 Pf. = 10 M. + 7,50 M., im ganzen 17,50 M.

Wie man sieht, hat dieses Lohnsystem für den Unternehmer ganz bedeutende Vorteile. Dadurch, daß der Arbeiter seine Leistungsfähigkeit auf äusserste anspannt, bekommt der Unternehmer dieselbe Arbeit, die ihm im Tagelohn 25 M. kostete, schließlich für 17,50 M. hergestellt, und gleichzeitig vermindert sich auch der Anteil, der von den allgemeinen Betriebskosten auf das einzelne Arbeitsstück entfällt. Die Unternehmer und die ihnen gefällige Presse haben demnach begründete Ursache, das amerikanische System rühmend zu erwähnen. Anders die Arbeiter. Auf den ersten Blick könnte es zwar scheinen, als hätten auch sie einen Nutzen bei Anwendung des amerikanischen Systems, da sich ja der auf die einzelne Stunde entfallende Verdienst um 10 um höher stellt, je kürzer die auf die betreffende Arbeit verwendete Zeit ist. Dieser scheinbare Nutzen ist jedoch recht fragwürdiger Art, wenn man bedenkt, daß die äusserste Anspannung der Arbeitskraft auf die Dauer nicht möglich ist, ohne daß der Arbeiter in seiner Gesundheit geschädigt, und seine Kraft frühzeitig verbraucht wird.

Nach der oben citierten Notiz ist es zwar eine Bedingung bei dem amerikanischen System, daß eine einmal festgesetzte Zeit für eine Arbeit nicht herabgesetzt werden soll, außer bei Einführung von neuen Arbeitsmethoden. Wir wissen nicht, ob die amerikanischen „Erfinder“ des Systems wirklich an dieser Bedingung festhalten. Dagegen ist uns bekannt, daß ihre deutschen Nachahmer sich durchaus nicht daran halten. Es ist noch gar nicht lange her, daß die Berliner Metallarbeiter sich gegen die Einführung des amerikanischen Systems in einigen Fabriken gewehrt haben. Bei dieser Gelegenheit wurde auch darüber gellacht, daß eine Arbeit, die beispielsweise mit 50 Stunden veranschlagt und in 40 Stunden hergestellt worden ist, das nächste Mal eben nur mit 40 Stunden angesehen worden ist. Die Unternehmer haben hier dieselbe Praxis befolgt, die sie bei Accordarbeiten anwenden, wodurch dann auch die scheinbaren Vorteile, die dies System den Arbeitern bringen soll, in nichts zerfließen.

Nach den Erfahrungen, welche die Arbeiter mit dem sogenannten amerikanischen Lohnsystem gemacht haben, ist das doch nichts anderes als ein ganz raffiniertes, auf der furchtbarsten Ausbeutung der Arbeitskraft aufgebautes Ausbeutungssystem, mit dem sich einseitige Arbeiter nicht befassen können.

Berlin und Umgebung.

Mit dem Arbeitsnachweis der Tischlerinnung scheint es jetzt bedenklich zu haben. Noch vor kurzem konnten die Innungsmeister und deren „Fachzeitung“ den Mund nicht voll genug nehmen, welsch Ueberfluth von Arbeitern ihnen durch ihren Nachweis offeriert würde. Jetzt aber stellt sich die Firma Wolff in der Waldemarstraße schon genötigt, in der „Volks-Zeitung“ nach Rentzen zu annonciieren. Allerdings hat die Firma in letzter Zeit ein wenig Nach gegeben. Seit vier Wochen befinden sich die Gesellen wegen des Arbeitsnachweises bei ihr im Streik; und da vor einigen Tagen 23 Arbeiter, die ihr von der Alexanderstraße unter sicherer Bedingung angeführt wurden, nach Rücksprache mit den Streikenden den Antritt verweigerten, so mangelt es an Arbeitskräften.

Auf den Niles-Werken kam gestern ein Trupp Arbeitswilliger aus Wulstert an. Der Dolmetsch dieser importierten Streikbrecher ließ aber mit sich reden; es gelang den Streikenden, 12 Mann wieder zur Abfahrt zu bewegen. Vielleicht holen sich die Kühnemannern nächstens noch Chinesen oder Japaner.

Von der Lohnbewegung der Bauarbeiter ist mitzutheilen, daß seit Montag wieder drei bedeutende Firmen bereitwillig haben und zwar: Willing u. Söllner (von dem neuen Charité), Warmbold u. Rasse und Hedemann. Es kommen hierbei

insgesamt über 200 Arbeiter in Betracht. Im Streik befinden sich gegenwärtig ca. 150 Mann.

Achtung! Elektromonteur und Bauhandwerker! Wegen Vertragsbruch des Unternehmers und abermaliger Lohnreduktionen befinden sich die Elektromonteur der Firma Paul Hardegen u. Co., Elisabeth-Ufer 5/6, im Streik. Sämtliche Bauarbeiter werden ersucht, die Streikenden moralisch zu unterstützen und Entschlüsse fernzuhalten. Es kommen folgende Bauten in Betracht: 1. Für elektrische Licht-, Telephon- und Telegraphen-Anlagen: Alle Jakobstr. 144, Schöneberger Dampfkesselwerk; Pariserstr. 58; Uhländ-straße 53 in Wilmsdorf; Lohwitzer. 2. Für Telephon- und Telegraphen-Anlagen: Wilhelmstr. 63, Staatsministerium; Rathaus-Neubau in Pantow; Kgl. Hochschule für Musik und bildende Künste in Charlottenburg, Hardenbergstraße; Wilmsdorf, Hohenstaufenstraße, Baumeister Speck; Dresdenstr. 41/42; Victoriastr. 7; Margarethenstr. 17. 3. Nur für Telegraphen-Anlagen: Bau Winterfeldstr. 4. Der Vorstand des Verbandes der Elektromonteur.

Werkstattangelegenheiten — öffentliche Angelegenheiten. Die Arbeiter der Pianofabrik von Neumeier in Rixdorf traten am 15. und 23. April in einem Total zusammen, um einige ihnen nicht zuzugewandte Verhältnisse der genannten Werkstatt zu besprechen. Dieser Zusammenkunft wohnte auch der Tischler Böckle als Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes bei. Die Polizei erwiderte in dieser Beziehung eine Veranlassung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtern sollen, und erstattete Anzeige gegen Böckle — der als Einberufer angesehen wurde —, weil er die Anmeldung unterlassen hatte. Vor dem Schöffengericht wurde die Behauptung des Angeklagten, daß die Zusammenkunft nicht zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, sondern nur zur Besprechung von Werkstattverhältnissen bestimmt gewesen sei, durch sechs Zeugen unterstützt, sie konnte auch nicht widerlegt werden durch das Zeugnis eines Polizeiwachmeisters, der in dieser Sache Vernehmungen angestellt hat. Gleichwohl wurde Böckle zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt, weil er im Laufe der Besprechung die unorganisierten Arbeiter der Werkstatt aufgefördert hatte, sich dem Holzarbeiter-Verbande anzuschließen, weil sie durch dessen Hilfe bestehende Mißstände am besten beseitigen könnten. In diesem Hinweis auf den Verband erwiderte das Schöffengericht die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten.

Das preussische Vereinsgesetz ist doch zu manchen Dingen brauchbar.

Ein Arbeitswilligen-Verlohnungsfonds soll von den deutschen Völkern an Stelle des vom Berliner Polizeipräsidenten inhibierten Streikbrecherfonds, der zuletzt auf 25 000 M. angewachsen war, ins Leben gerufen werden. Man beabsichtigt das bei der Reichsbank von der Behörde festgelegte Geld in Gestalt von Prämien an solche Gesellen zu verteilen, die bei ausbrechendem Streik die Beteiligung ablehnen oder als Arbeitswillige an Stelle der Ausständigen treten. In Völkernmeisterkreisen fehlt es nicht an Gegnern dieses Vorschlags, die sich von einer Prämierung der Arbeitswilligen nur wenig wichtigen Vorteil versprochen. Beweis dafür liefern die zahlreichen von Innungen und ganzen Zweigverbänden zum bevorstehenden Central-Verbandskongress des Germania-Innungsverbandes gestellten Anträge auf Zurückzahlung der bisher zum Streikbrecherfonds geleisteten Beiträge.

Statt dieses kuriosen Planes sollten die Völkernmeister lieber an die Gründung eines Garantiefonds für menschenwürdige Behandlung und Bezahlung der Gesellen denken, dann lämen sie nicht in die Lage, Streikbrecher belohnen zu müssen.

Deutsches Reich.

Streikpostenstreichen bestraft.

Man schreibt uns aus Posen: Noch ist der Streik der Zimmerleute nicht beigelegt und schon beginnen die Gerichtsverhandlungen gegen die „Streikstücker“. Am 20. Juli standen vor dem Schöffengericht die Zimmerer J. D. und M. sowie die Maurer C. und M. Allen war zur Last gelegt, am 23. Juni auf dem Bahnhof St. Lazarus zweifels ohne umhergegangen und dadurch den Verkehr gehindert zu haben.

Der Jünger Polizeikommissar Krause behauptete, die Angeklagten hätten durch einfaches Beobachten des Bahnhofes Anstoß erregt und er hätte, um „eventuelle Belästigungen des Publikums zu vermeiden“, die Streikposten angewiesen, überhaupt für die Zeit des Streiks nicht mehr in der Nähe des Bahnhofes St. Lazarus zu erscheinen, da er sonst zur Verhaftung schreiten müsse. Der Jünger erlaubte sich auch, die Ausständigen als „arbeitscheue Geschöpfe“ und „Sümmeler“ zu bezeichnen.

Das höchste in dieser Schöffengerichts-Verhandlung leistete sich der als Richter fungierende Assessor Voedh. Er trat der Auffassung der Posener Polizei über das Koalitionsrecht vollständig bei. Bedäglich die Thatsache, daß die Angeklagten Streikposten gestanden, ließ ihm dieselben schon allein als verurteilenswert erscheinen. Als der Verteidiger Herr Rechtsanwalt Bab aus Posen die Entscheidungen des Reichsgerichts anzog, nach welchen das Streikpostenstreichen als Ausfluß des Koalitionsrechts straflos sei, sprach der Herr Assessor folgenden denkwürdigen Satz: „Es ist bedauerlich, daß das Reichsgericht nicht das Streikpostenstreichen an sich unter Strafe gestellt hat.“

Die Richter des höchsten Gerichtshofes müßten sich wegen ihrer Entscheidungen wohl beim Posener Assessor Weisheit holen?

Es kam auch in allen Fällen eine Verurteilung wegen Uebertretung der Posener Polizeiverordnung vom 5. März 1901 zu stande. Also daß die obengenannten Arbeiter aus dem in über menschenverleßener Gegend belegenen Bahnhof St. Lazarus ihr ihnen gesetzlich garantiertes Recht ausüben, sollen sie mit je 3 M. eventuell einen Tag Gefängnis bestraft werden!

Der Strafkammer Posen ist Gelegenheit gegeben, die Entscheidung des Schöffengerichts zu korrigieren und dem Herrn Assessor die Unhaltbarkeit seiner Auffassung klar zu machen.

Aus Anlaß des Kaiserbesuchs in Krefeld stand den dortigen Gärtnerbesitzern ein gutes Geschäft in Aussicht, denn es galt ja, Strohen, Häuser, Festräume etc. zum Zeichen des Patriotismus mit Blumen und Grün zu schmücken. Die Austräge häuften sich, und ein Gärtnerbesitzer verlangte von den 10 Gehilfen, die er beschäftigt, daß sie täglich anstatt der üblichen 11 Stunden 15 Stunden arbeiten sollten, und zwar ohne daß ihnen für die Ueberstunden eine besondere Vergütung gezahlt werden sollte.

Die Gehilfen weigerten sich und mußte der Unternehmer, weil die Arbeit drängte, wohl oder übel die Ueberstunden bezahlen, längigte aber sofort seinen 10 Gehilfen. Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gärtnerverbandes versuchte eine Vermittlung, wurde aber sofort abgewiesen. Um nun die Selbstständigkeitsregungen der Gehilfen ins Reine zu stellen, hat der Handelsgärtner-Verein von Krefeld und Umgebung beschlossen, den Gehilfen das Ultimatum zu stellen, aus dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverband auszutreten. Fügen sich die Gehilfen nicht, so werden sie am 15. August sämtlich entlassen. Die Gehilfen sind entschlossen, den ihnen so brutal aufgedrungenen Kampf aufzunehmen und ersuchen den Bezug von Krefeld fernzuhalten.

Ausland.

Zum Streik der galizischen Landarbeiter wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet:

Es wird jetzt in Galizien Bezirken gestreikt: Lemberg, Husiatyn, Zarnopol, Czortkow, Jbaroz, Skalat, Jaleszczyn, Lomaczow, Buczac, Pradny, Trembowla, Brzemsylany, Jlozow, Bobrka, Brodel, Horodonta und Podhajce. Das ruthenische Wort „Dilo“ heißt die Zahl der Gemeinden, in denen gestreikt wird, auf 200, die Zahl der Streikenden auf 100 000. Es wird jetzt in 39 Gemeinden gestreikt. Ferner liegen hierzu folgende Meldungen vor:

Lemberg, 29. Juli. (W. Z. V.) Der Zustand der Feldarbeiter dauert fort. In Ruzhance überfielen die Ausständigen fremde Arbeiter. Die Kavallerie machte von der Waffe Gebrauch und ver wundete vier der Angreifer, welche verhaftet wurden. Auch

an anderen Orten wurden Arbeitende von Ausständigen angegriffen. In die betreffenden Ortschaften ist Militär entsandt worden.

Lemberg, 30. Juli. (W. Z. V.) Eine Deputation polnischer Deputierte hat sich nach Wien begeben, um beim Ministerpräsidenten v. Koerber um Intervention der Centralregierung nachzusuchen, da die Situation im Streikgebiet immer gefährlicher wird und die bisher nach dort gesandten Truppen noch immer nicht genügen.

Abschaffung des Trinkgeldes und Zahlung fester Löhne fordern die Bediensteten der Kaffeehäuser in Triest. Von den 510 hier in Frage kommenden Angestellten streikten aus der genannten Ursache seit einigen Tagen 428, so daß die meisten Kaffeehäuser geschlossen sind. Nur drei kleinere Kaffeehäuser haben den Forderungen ihrer Angestellten in allen Punkten nachgegeben, so daß der Dienst in vollem Maße aufgenommen werden konnte. In diesen Kaffeehäusern wiehen zum erstenmal die Kellner und Marquiere die ihnen angebotenen Trinkgelder unter Hinweis auf ihre hohen Bezüge zurück. Dafür waren die Preise der Speisen und Getränke um eine Kleinigkeit erhöht worden. Die Selbstankheit, daß Trinkgelder nicht genommen wurden, hatte, da sich die Kunde hiervon schnell verbreitete, einen massenhaften Besuch der Lokale zur Folge, da die Gäste auch aus jenen Stadtteilen kamen, wo die Kaffeehäuser den Betrieb eingestellt haben.

Der Schwedische Tabakarbeiter-Verband hielt vom 20. bis 23. Juli seinen fünften Kongress in Stockholm ab. Außer der Verbandsleitung waren 29 Delegierte anwesend. Beschlossen wurde, den Fabrikanten einen Lohnantrag vorzulegen, der auf Grundlage einer Statistik über die gegenwärtigen Lohnverhältnisse ausgearbeitet werden soll. Ferner beauftragte der Kongress die Verbandsleitung, einen Vorschlag an die Fabrikanten-Vereinigung auszuarbeiten, durch den eine allseitige Fachausbildung der Lehrlinge statt des jetzt üblichen Anlernens zu einer Teilarbeit herbeigeführt werden soll. — Mit dem dänischen Tabakarbeiter-Verband soll gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen vereinbart werden. — Als Verbandsvorsitzender wurde A. Rindstrand, Helsingborg, gewählt.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Staate New York sind nach den letzten Veröffentlichungen des Arbeitsamts seit dem 30. September 1901 von 1871 bis zum 31. März 1902 auf 1980 gestiegen (hier sind natürlich alle Zweigvereine gezählt). Die Mitgliederzahl sämtlicher Organisationen stieg in derselben Zeit von 276 141 auf 279 950; darunter befinden sich 12 705 Frauen. Die Stadt New York allein zählt 180 762 organisierte Arbeiter; die größte Organisation ist die der Bau- und Steinindustrie: 57 216 Mitglieder; sodann folgen Bekleidungs- und Textilindustrie mit 33 665 Mitgliedern, Metallindustrie 20 073, Transportgewerbe 12 987, Buchdruck und Buchbinderei 17 281 usw. Arbeitslose waren Ende März 1902 in den Gewerkschaften, welche in dieser Beziehung Angaben machten und die insgesamt 270 855 Mitglieder zählten, 36 710 vorhanden; es sind das 13,6 Proz. Die Zahl der Arbeitslosen in allen 3 Monaten des I. Quartals betrug 16 776 oder 6,2 Proz. Dieser Prozentsatz ist gegenüber den Vorjahren ein sehr geringer, derselbe betrug in den letzten 3 vorhergehenden Jahren 13,1, 10,1 und 11,3 Proz. Es deutet dies also auf einen besseren Geschäftsgang in den ersten 3 Monaten d. J. hin.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für Schöneberg hielt am Dienstag in Obstsälen seine Generalversammlung ab, die durch Beratung von Vereinsangelegenheiten ausgefüllt wurde. Dem Anwesenbericht vom letzten Quartal ist folgendes zu entnehmen: Die gesamte Einnahme inklusive der Ueberschüsse vom Vermögens betrug 1631,54 M. In die Centralkasse wurden abgeliefert 753,03 M. Die Auskosten für die gesamten Stadtverordnetenwahlen betragen 572,90 M. Außerdem hat der Kreis noch für größere Druckaufträge etwa 500 M. für uns bezahlt. Den Bericht der Parteiausführung gab Dämmler und ist der Bestand derselben 139,70 M. Ferner teilte derselbe mit, daß 56 Mitglieder des Vereins keine „Vorwärts“-Refer bei der Parteipetition sind. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden Wolkenmann, Obst und Dümmig gewählt. — Die aus der Mitte der Versammlung gestellten Anträge zum Parteitag werden nach lebhafter Diskussion sämtlich abgelehnt. — Das frühere Mitglied Genosse Richard Zbata wird ausgeschlossen, weil derselbe bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen nicht gewählt hat. Ferner wurde beschlossen, am 31. August in Obstsälen ein Sommerfest abzuhalten. Der Vorsitzende machte auf das Volksfest am 17. August aufmerksam. Zum Schluß der gut besuchten Versammlung fanden 88 Renaufnahmen statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Feldarbeiter-Ausstand in Galizien.

Wien, 30. Juli. (W. Z. V.) In dem Feldarbeiter-Ausstande in Galizien entnimmt die „Neue Freie Presse“ aus polnischen Blättern, daß ruthenisch-ukrainische Universitäts- und Gymnasialstudenten agitatorisch tätig sind, indem sie auf Zweirädern das Ausstandsgebiet durchfahren, den Ausständigen Verhandlungsmittel überbringen und die Verbindung unter ihnen aufrecht erhalten. Aus dem Bezirk von Czortkow wurden dem „Mutter“ zufolge 150 ausständige Bauern unter militärischer Exorte beim Kreisgericht in Zarnopol eingeliefert.

Lemberg, 30. Juli. (W. Z. V.) Der Feldarbeiterausstand dauert unabändert fort; das Militär wurde verstärkt.

Unterhand.

London, 30. Juli. (W. Z. V.) Balfour verkündet, daß Lord Elgin wahrscheinlich zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission über den Krieg ernannt werden würde, die sich mit der Prüfung der Anwendung für Beschaffung von Soldaten, Munition, Ausrüstungsgegenständen und Transportmitteln während des Krieges beschäftigen werde und mit der Untersuchung über die kriegsrischen Operationen vor der Besetzung Pretorias.

Der Bürgerkrieg in Haiti.

Cap-Haitien, 30. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) General Salnave hat die Truppen des Generals Nord geschlagen, welche sich in die Stadt zurückgezogen haben. Die Panik hält an. Der Kreuzer „Machias“ hat den Schutz der fremden Kolonie übernommen.

Hamburg, 30. Juli. (W. Z. V.) Heute Abend fand die eingehende Besichtigung des Wraß des „Primus“ durch den ersten Staatsanwalt Justizrat Puhle aus Altona statt. Es wurde festgestellt, daß die „Panja“ den Kohlenbunker des „Primus“ durchschneidet. Hätte der Heizer das kleine Schott zwischen dem Kohlenbunker und dem Maschinenraum sofort nach der Kollision geschlossen, so hätte sich der „Primus“ länger über Wasser halten können.

Hannover, 30. Juli. (W. Z. V.) Ueber die Stadt ging heute ein heftiges Gewitter nieder. Während desselben wurde beim Exercieren ein Soldat des 73. Infanterieregiments durch einen Blitzschlag getötet.

St. Goarshausen, 30. Juli. (W. Z. V.) Bei der vorgeschickten Reichstags-Extrawahl in Wahlkreis 3 Wiesbaden wurden für Dr. Dahlem (V.) 10 931, für Krawinkel (nack.) 8765, für Brand (W. d. L.) 3484, für Welters (Soe.) 652 Stimmen abgegeben. 17 Stimmen waren zerplittert. Dr. Dahlem ist somit gewählt.

Eisenach, 30. Juli. (W. Z. V.) Geheimrat Hofrat Professor Joseph Kürschner ist, wie die „Eisenacher Tagespost“ erzählt, gestern bei einem Anstöße von Windisch-Matrel nach dem Venediger am Herzschlag gestorben.

Triest, 30. Juli. (W. Z. V.) Die Hufschmiede haben hier vor einiger Zeit die Arbeit eingestellt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Streikbrechern.

Lissabon, 30. Juli. (W. Z. V.) Heute wurde in Portugal ein leichter Erdbeben verspürt. Schaden wurde nicht angerichtet. Der Stolz war am stärksten in den Küstengegenden.

Lissabon, 30. Juli. (W. Z. V.) Der Rest der in Galdas da Rainha internierten Boeren ist an Bord des Dampfers „Aronprinz“ nach Holland abgegangen.

Eisenzölle.

10. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 30. Juli.

Die Sachverhalte rubricieren unter die Positionen 778/781 und werden zur Beratung verbunden. Die Vorlage belegt Röhren von mehr als 7 Millimeter Wandstärke, 778, roh mit 8 M., bearbeitet mit 4,50 M., von minderer Wandstärke, 779, roh mit 8 M., bearbeitet mit 9 M.; in 780, Walzen aus nicht schmiedbarem Guß, roh mit 8,50 M., bearbeitet mit 10 M., und in 781, Kunst- und anderer feiner Guß, nicht schmiedbar, mit 24 M. Zoll.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Sped. beantragt zu Position 779 Zölle von 3 resp. 6 M.; Gothein für 778 und 779 Zölle von 2 resp. 4 M., für 780 — 2 resp. 6 M., für 781 — 20 M. und folgende Anmerkung: Statuen in mindestens natürlicher Größe — zollfrei.

Gothein begründet seine Anträge. Der hohe Zoll auf Röhren belastet die Gemeinden, denen man schon Schaden durch den Zoll auf Pfastersteine zugefügt habe. Es liege auch nicht der geringste Grund zu der Zollserhöhung vor, wie sie die Regierung für diese Positionen vorgenommen habe. Wenn man meine Anträge nicht acceptiert, so gebe ich mich auch mit der Herstellung der alten Säge zufrieden.

Mollenkuhr hegt die Hoffnung, daß noch eine Aenderung bezüglich der Eisenzölle eintreten werde, weil sie in keinem richtigen Verhältnis zu einander stünden. Desto berechtigter sei der Antrag auf Zollfreiheit. Western habe man freilich den sozialdemokratischen Mitgliedern vorgehalten, daß die Sozialdemokraten unzufrieden mit deren Haltung seien. Es bliebe aber die Frage zu erörtern, ob nicht der Einfluß des bekannten Positionenveranlassers, Direktor Meiser, dahinter stände. Immerhin stehe fest, daß von den Vorteilen, die Zölle den Unternehmern bringen, die Arbeiter nichts bekommen; selbst Kleinindustrielle gäben selten von dem erlangten Gewinn etwas ab und Großindustrielle erhöhten die Löhne erst recht nicht. Dagegen verteuerten Zölle die Waren, pöwerteten die arbeitenden Klassen aus und schädigten dadurch die Gesamtindustrie, in erster Linie wieder die Arbeiter. Meiser weist aus dem Staatlichen Jahrbuch nach, daß die Gewinne der Eisenindustrie im letzten Jahrzehnt sehr große waren, bei Röhren stieg der Erlös um 100 Proz. Nun komme man sogar mit noch höheren Zöllen. Auf wessen Kosten sollen dem Möhsenindustriat neue Gewinne zugeschoben werden? Auf Kosten der Konsumenten, vor allem der Gemeinden, die als Abfallkonsumenten in Betracht kommen. Die Begründung für den Walzenzoll — Walzen seien schwerer herzustellen, heißt es — sei lächerlich. Die Technik sei doch fortgeschritten! Walzen würden viel von den kleineren Maschinenfabrikanten konsumiert, diesen erschwere man so die Konkurrenz. Das sei sonderbare Mittelstandsprotektion. Für Kunstguß stelle man einen höheren Zollsatz ein, obgleich man zugestehen müsse, daß es eine Konkurrenz des Auslandes für diesen Artikel nicht gibt. Hier werde den Wünschen der Großindustriellen in anständiger Weise Rechnung getragen, ihnen gebe man mit vollen Händen, mehr, als man den Agrariern gebe. Das sei unerhört. Die Zölle seien unberechtig.

Geheimrat v. d. Vorholt stellt in Abrede, daß die Eisenindustriellen besonderes Glück bei der Regierung gehabt hätten, sie habe ja in einigen Positionen die Zölle sogar ermäßigt. Meiser wiederholt die Gründe der gedruckten Vorlage als Einwendung gegen die Ausführungen Gotheins und Mollenkuhrs. Nachdem der Zoll auf Röhren nicht ermäßigt sei, sollten die Ermäßigungsanträge auf die weiteren Positionen zurückgezogen werden.

Sped. widerspricht dieser Zummung, es sei der Zoll auf Röhren und Walzen zu erhöhen. Es zeige sich bei diesen Zöllen, daß für die Industrie besser geforgt worden sei als für die Landwirtschaft. Wenn hier nicht gegen die Kartelle vorgegangen werde, wann solle denn dann der Reichstag gegen sie vorgehen? (Ruf: Wenn Spahn seine Schuldlosigkeitsöffner!) Mollenkuhr habe recht, nachdem der Pfastersteinzoll die Gemeinden belaste, wolle man ihnen noch mehr Lasten auf. Auch die Gärtner, die diese Röhren zur Herstellung ihrer Anlagen brauchen, würden aufs neue geschädigt, dagegen müsse protestiert werden. Leider sei er genötigt, in seinem Antrag den Satz von 3 auf 4 M. zu erhöhen, da sonst verschiedene Mitglieder nicht dafür stimmten.

Geheimrat Vermuth verteidigt die Sätze der Vorlage mit der Erklärung, es sei im alten Tarif auf technische Unterscheidungen zu wenig Rücksicht genommen, darum hätten die Aenderungen vorgenommen werden müssen. Es sei nicht richtig, daß Gärtner usw. geschädigt würden durch diese Zölle.

Spahn: Nachdem der Markzoll auf Röhren angenommen sei, könne man doch nicht zu Ermäßigungen auf die folgenden Waren kommen. Bezüglich der Zollserhöhung auf Röhren könne die Landwirtschaft nicht ins Feld geführt werden. Auch die Gemeinden würden nicht so geschädigt, wie angegeben worden sei.

Gothein: Nach solchen Aeußerungen, wie seitens der Vorredner, dürfe wohl kein Antrag auf Zollermäßigung mehr gestellt werden? Meiser wendet sich klar gegen die Vorredner und meint, diese Zölle seien durch nichts gerechtfertigt und bedeuteten nur eine Anwendung an Großfabrikanten. Die Berechnung des Geheimrats Vermuth beweiße das Talent der Regierung, sich zu Gunsten der Regierung und Interessenten zu verrechnen. Es gäbe Leute, die alles glaubten, was man ihnen versichere, aber er glaube nicht an die Berechnung des Geheimrats Vermuth. Die Verhältnisse führten zu ganz andern Schlüssen.

Geheimrat Vermuth verteidigt sich gegen die Vorwürfe Gotheins; seine Berechnung beruhe auf der Ein- und Ausfuhrstatistik.

Grat Rantig hält die Erhöhung der Zölle nicht für absolut nötig, wird aber für die Vorlage stimmen. Er bedauere, daß nicht ein Doppeltarif vorgelegt worden sei. Mit den Amerikanern werde man kaum zu einer Tarifvorlage kommen. Darum liege für ihn kein Anlaß vor, noch niedrigere Zölle den Amerikanern zu bieten. Aus diesen Gründen könne er zu seinem Bedauern nicht für den Antrag Sped. stimmen, so gern er es möchte.

Sped. wirft dem Grafen Rantig Inkonsequenz vor, da dieser die materielle Berechtigung seiner Anträge anerkenne und trotzdem sie ablehne. Meiser wendet sich noch gegen seinen Fraktionsgenossen Spahn.

Spahn will für den Antrag Sped. stimmen.

Mollenkuhr: Wenn der Abg. Spahn so gut von den Kartellen denkt, wie er vorhin geäußert und glaube, daß diese den Gewinn nicht annehmen würden, der ihnen geboten werde, dann werde sein in der Schulde ruhender Gesellenswurf den Kartellen kaum gefährlich werden. (Weiterleit.) Es schmele, als ob zwischen den Parteien ein Handelsgeschäft abgeschlossen worden sei: Man gebe den Eisenindustriellen, damit ihre Vertreter später den Agrariern noch mehr geben. Der Satz scheint fertig zu sein.

Position 778 wird mit 13 gegen 12 Stimmen nach der Vorlage angenommen.

Zu Position 779 wird der Antrag Sped., den Satz auf 4 M. resp. 6 M. zu ermäßigen, angenommen.

Position 780 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso Position 781.

Verbunden werden die Positionen 782/83 und 788/89, nicht schmiedbarer und schmiedbarer Guß.

Meiser beantragt in Nr. 783 des Zolltarifs (782/3) Nicht schmiedbarer Guß, anderweit nicht genannt; bearbeitet: bei einem (von mehr als 1 dz) statt 4 M. zu setzen 6 M. Reingewicht (von mehr als 40 kg bis 1 dz) statt 6 M. zu setzen 8 M. des Stücks (von mehr als 5 kg bis 40 kg) statt 9 M. zu setzen 10 M. von 5 kg oder darunter zu setzen 12 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt für 782/83 — 3 resp. 6 M., für 708 — 4 resp. 6 M. — die Vorlage hat Sätze von 4,50, 6, 8 und 12 M. — und Streichung der Position 799.

Meiser bezieht sich zur Begründung seines Antrages auf die Eingabe des Zentralverbandes der Industriellen.

Gothein findet auch diese Zollserhöhungen durch nichts gerechtfertigt.

Stadthagen tritt für Zollfreiheit ein. Es lämen allerdings, wie Gothein gesagt habe, Kulturaufgaben bei diesen Zöllen in Frage. Für die Erhöhung der Eisenzölle liege gar kein Grund weiter vor, als daß man den Industriellen etwas geben will, damit diese höhere Lebensmittelpreise bewilligen. Es handelt sich also um Handels-geschäfte zwischen Interessenten. Um so mehr Veranlassung, die Eisenzölle wie die Lebensmittelzölle zu verwerfen, Handelsfreiheit überhaupt einzuführen. Stadthagen geht näher auf die Beratung der Eisenzölle im Jahre 1873 ein. Er sei dem Rate des Staatssekretärs gefolgt und habe die damaligen Verhandlungen studiert. Die Konventionen seien damals für Aufhebung der Eisenzölle eingetreten; auch die Centrumsführer Raskinrodt, Windthorst usw. seien dafür gewesen. Meiser verleihe Ansprüche derselben und der damaligen Beratung. Die Arbeiter würden durch die Zölle nach allen Richtungen geschädigt, denn die Kartelle drückten die Löhne und machten den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch, je mehr sie in der Profitsucht unterstügt würden. Diese Folge trat bei dem kapitalistischen Charakter der Produktion unbedingt ein. Western habe von den Sozialdemokraten niemand auf die Aeußerungen des Staatssekretärs über das Schippelsche Buch antworten können, weil Arendt durch seine Erfolg erzielenden Schluf-anträge dies unmöglich gemacht habe. Heute bitte er den Staatssekretär und andre, die Schippels Buch lesen, es als Ganzes zu betrachten. Schippel sei gegen die Protzölle, er habe sich gegen den Zolltarif ausgesprochen, es sei also wertlos, Schippel gegen die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission auszuspielen. Das Zollsystem ist offenbar nur die Projektionswirtschaft, die wieder Stände vorurteile und Kastengeist erzeuge, der unter den Vorurteilen sich breit macht, der so weit geht, daß ein Mann aus gewissem Stände nicht die Tochter eines Feldwebels ehelichen dürfe. (Heiterkeit.) Die finanzielle Wirkung der Zölle für die Reichskasse sei nicht gering. Aber diese Finanzpolitik sei auch nur eine Auslastung des Klassencharakters seiner Gesetzgebung, die nicht auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht nehme, sondern den arbeitenden Klassen und dem Mittelstand neue Lasten auflege zu Gunsten weniger Begüterter. Dagegen sei Zollfreiheit geboten.

Spahn erwidert, Windthorst habe 1879 für die Eisenzölle gestimmt. Meiser ist mit der im Entwurf vorgenommenen Specialisierung nicht einverstanden.

Geheimrat Vau wiederholt die vom Geheimrat Vermuth angeführten Gründe für diese Specialisierung und tritt für die Vorlage ein.

Sped. erwidert darauf, daß die Regierung selbst zugebe, daß die Einteilung im Entwurf keine consequente sei. Wirtschaftliche Gründe sprächen für eine Vereinfachung der verzoollbaren Stücke. Meiser beantragt zu der Fassung des Antrages Gothein die Sätze von 6 und 8 M. zu 782/83; zu 708 — 6 und 12 M.

Ein Schlußantrag Arendts wird angenommen.

Persönlich bemerkt Stadthagen, Windthorst habe 1879 für solche Zölle, wie die jetzt bezateten gestimmt.

Zu Position 782 wird die Einteilung nach dem Antrage Gothein angenommen, dazu die Zollsätze des Antrages Sped. Damit ist 783 erledigt.

Zu den Positionen 798/99 wird die Einteilung des Antrages Gothein angenommen, dazu die Zollsätze des Antrages Sped.

Position 785, Schmiedbares Eisen in Stäben, ferner Bandstabeisen, nicht über 12 Centimeter lang, zum Umschmelzen — 1 M.; im Gewicht von mehr als 1 Kilogramm auf das laufende Meter — 2,50 M.; im Gewicht weniger als 1 Kilogramm — 3 M.; mit eingewalzten Rüstern oder Verzierungen — 5 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Baull-Oberbarnim beantragt, Nr. 785 zu fassen wie folgt: Schmiedbares Eisen in Stäben (gewalzt, geschmiedet oder gezogen), auch gefornit (faconniert); ferner Bandstabeisen: nicht über 12 Centimeter lang, zum Umschmelzen 1 M., mit eingewalzten Rüstern oder Verzierungen 5 M., andres 2,50 M.

Gothein beantragt: Schmiedbares Eisen in Stäben (gewalzt, geschmiedet oder gezogen), auch gefornit (faconniert); Bandstabeisen: nicht über 12 Centimeter lang, zum Umschmelzen 0,80 M., mit eingewalzten Rüstern oder Verzierungen 4 M., andres 1,50 M.

Geheimrat Vau beantragt zu 785 Sätze von 1, 2 und 4 M. und begründet seinen Antrag, sich klar gegen Bemerkungen Aeußerungen von gestern, sowie gegen die Manipulationen des Zentralverbandes der Industriellen wendet. Vor der Fassung der Regierungsvorlage müsse er dringend warnen, sie führe zu zolltechnischen Schwierigkeiten und zu Veräufungen schwerer Art. Die Einteilung in den Anträgen Gothein und Baull empfehle er. Die Industrie sei auf das Ausland, England und Schweden angewiesen.

Baull begründet seinen Antrag damit, daß die Gusungsfabrikation deutschen Eisen nicht brauchen könne, sondern auf schwedisches Eisen angewiesen sei. Es werde also deutschen Walzwerken mit dem Zoll kein Schutz geboten. Nur die Konsumenten von Hufeisen würden vom Zoll betroffen.

Gothein meint, die Differenzierung der Vorlage sei ein Schnitt ins eigene Fleisch. Er acceptiere die Gründe der Vorredner.

Mollenkuhr freut sich, daß Baull's Kenntnisse über ein Specialsach, Gusungsfabrikation, ihn dahin führen, zu sagen: Wir brauchen das Produkt des Auslandes, deshalb dürfe kein höherer Zoll aufgelegt werden. Derselbe Grund spreche viel mehr für Zollfreiheit. Dieser Grund widerlege den Vorwurf, daß diejenigen, die gegen Zölle auftreten, „Agenten des Auslandes“ seien. Aber auch für die andern Unterpositionen sei Zollfreiheit geboten. Meiser beleuchtet näher die Ein- und Ausfuhrverhältnisse, die ebenfalls für Zollfreiheit sprächen; die Preise seien gestiegen, da sollte man dem Kleinhandwerk, das diese Produkte konsumiere, durch Befreiung der Zölle dieses Rohprodukt verbilligen. Hier könne bewiesen werden, ob man dem Kleinhandwerk unter die Arme greifen wolle.

Handelsminister Meiser: Die Position sei eine sehr bedeutende. Wenn man bei Sachheiten von den Grundätzen des Entwurfs abgewichen sei, brauche das doch nicht bei nachfolgenden Positionen zu geschehen. Gegen den Antrag Baull habe er nichts einzuwenden. Für einzelne Fabrikationszweige seien die Vorzüge des Veredelungsverkehrs vorteilhaft.

Müller-Sagan wünscht, daß diese Vorzüge auch der Industrie in Rheinisch etc. gewährt werden möchten.

Zu dieser Frage sprechen noch mehrfach der Handelsminister, Eichhoff, Müller-Sagan und Mollenkuhr.

Die Position wird nach den Anträgen Baull, Gothein im Wortlaut umgestaltet, dazu werden die Zollsätze des Antrages Baull angenommen.

Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Der Vorsitzende schlägt eine Aenderung der Arbeitszeit vor, damit die erste Lesung am 8. August beendet werden könne. Es wird beschlossen, täglich von 9—3 Uhr zu tagen.

Schluß 1/3 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! 2. Wahlkreis, Parteispedition.

Parteilosen! Vom 1. August d. J. ab, wird der „Vorwärts“ und sonstige Parteiliteratur in eigener Expedition ausgegeben. Der Parteispeditur, Genosse S. Werner, wird demütht sein, allen Anforderungen, die im Interesse der Leser an ihn herantreten, zu entsprechen.

Jedoch wird es für die erste Zeit nicht ganz ausgeschlossen bleiben, daß hier und dort den Wünschen der Leser in Bezug auf pünktliche Lieferung nicht entsprochen werden kann. Dem unter der Fülle des eingegangenen Materials befindlichen sich auch viele Listen, welche Ungenauigkeiten aufweisen (unleserliche Namen, Adressen usw.), so daß leicht Irrthümer entstehen können.

Es werden nun alle diejenigen, welche am 1. August den „Vorwärts“ nicht bekommen haben, gebeten, sich unverzüglich an den Parteispeditur S. Werner, Mittelwalderstr. 30, vorn parterre zu wenden beaufsch schneller Abhilfe.

Anfragen, sonstige Beschwerden usw. sind zu richten an die unterzeichnete Kommission und an die Vertrauensleute.

Die Kommission: Rüd. Reimann, Urbanstr. 129 (Laden), Obmann. Otto Witte, Kendlstr. 17. Aug. Seidrit, Rindinstr. 16. Jul. Michaelien, Mariendorferstr. 16. Joseph Bohemann.

Die Vertrauensleute: Paul Scholz, Postenstr. 1. Gustav Schmidt, Poststr. 43.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, spricht im Allen Schützenhaus, Linienstr. 5, Genosse Reichstags-Abgeordneter Kunert über die Weltlichkeit der Schule, eine sozialdemokratische Programmforderung. Vollzählige Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwarten.

Die Vertrauensleute.

Neu-Weihensee. Mit dem 1. August übernimmt die hiesige Parteispedition der Genosse Josef Rein; es verbleibt die Expedition vorläufig im Hause Lehdorferstr. 1. Wir machen ferner noch bekannt, daß die Einrichtung getroffen ist, an jedem zweiten Sonntag im Monat zu löffern und erwarten von den Genossen, daß sie dies beachten werden. Etwaige Beschwerden über Unpünktlichkeit usw. sind an den Genossen Emil Schumann, Lehdorferstr. 118, zu richten.

Die Zeitungskommission.

Waidmannslust. Am Sonnabend, den 2. August, abends 1/2 Uhr, findet bei Ruhn die Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Waidmannslust und Umgegend statt. Genosse Freywald-Paulow referiert über: „Die Gesinde-Ordnung, ein Uebelbleibel von der Leibeigenschaft.“ Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet.

Der Vorstand.

Lokales.

Von der Thätigkeit der Berliner Schulärzte.

Schulärzte wurden erst im Jahre 1900 an einigen Berliner Gemeindefschulen angestellt. Die städtischen Behörden hatten eine lange Reihe von Jahren über diese Angelegenheit verhandelt, und nur sehr zögernd hatten die Vorführer des Freisinn ihren Widerstand gegen die von den Arbeitervertretern im „Roten Hause“ immer wiederholte Forderung aufgegeben. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung bequamen sich zunächst auch nur zu einem „Versuch“, obwohl die Erfahrungen, die anderwärts seit langem und in großem Umfange gemacht worden waren, längst jedem Einflüchtigen ein Urteil über den Wert und die Notwendigkeit dieser Einrichtung ermöglichten.

Die Stadtverordneten-Versammlung gab damals dem Magistrat auf, ihr über das erste Jahr der Thätigkeit der Schulärzte einen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht ist jetzt fertig gestellt. Die „Voss. Zig.“ macht daraus einige Mittheilungen über die Prüfung der Schulfähigkeit der für den ersten Eintritt in die Schule angemeldeten Kinder. Von den vorläufig 10 Schulärzten, denen ebenso viele Doppelschulen zugewiesen waren, wurden im ersten Jahre 2547 Schulkinder auf ihre Schulfähigkeit untersucht — Kinder, deren Schulfähigkeit schon von Laien angezweifelt war. (Die meisten Kinder wurden den Ärzten von den Schulkommissionen überwiesen.) 291 Kinder, das heißt 12,3 Proz., wurden als unfähig zurückgestellt. 26 Proz. der Zurückgestellten litten an allgemeiner Körperchwäche, 16 Proz. waren kranklich (Strophulose, Rhachitis, Vitium), 16 Proz. hatten kurz vorher schwere Krankheit überstanden (Scharlach, Diphtherie usw.), 10 Proz. waren geistig nicht hinreichend entwickelt, 5 Proz. litten an chronischem Augenkatarrh (Tuberculose), bei dem Rest wurden schwere Herzfehler, Kervenleiden, Keuchhusten, Hautkrankheiten, mangelhafte Sprachentwicklung usw. festgestellt. Beachtung verdient die Thatsache, daß häufig Herzfehler ermittelt wurden, von denen die Eltern der Kinder nichts gewußt hatten. Wichtig sind ferner die Fälle, in denen Schwerhörigkeit und mangelhafte Durchgängigkeit der Nase, verursacht durch Wucherungen im Nasenraum, festgestellt wurden. Bei vielen dieser Kinder wurde eine ärztliche Behandlung in die Wege geleitet, die Erfolg hatten. Bei einem Kinde mit hochgradiger Schwerhörigkeit, die die Eltern für angeboren und unheilbar hielten, wurde eine solche Besserung erzielt, daß es schulfähig wurde. Hervorgehoben wird: „Die ursprünglich gehegte Besorgnis, daß die Eltern den ärztlichen Untersuchungen Widerstand leisten würden, haben sich als unzutreffend erwiesen. Die Eltern zeigten sich fast ausnahmslos dankbar und entgegenkommend, und nahmen die ihnen erteilten Ratschläge und Aufklärungen sehr gerne entgegen.“

Mit dieser lächerlichen Befürchtung wurde in Berlin die Forderung einer Anstellung von Schulärzten noch zu einer Zeit bekämpft, als sie anderwärts durch die Thatsachen längst widerlegt war. Ueber die Bedeutung der Prüfung der Schulfähigkeit wird gesagt: „Die Zurückstellung von Kindern mit ungenügender körperlicher und geistiger Entwicklung erweist sich sowohl für die Kinder als für die Schule vorteilhaft. Für die Kinder besteht die Möglichkeit, vor dem Eintritt in die Schule sich noch weiter zu kräftigen und zu entwickeln, die Schule selbst wird von unreifen Kindern befreit, von denen nur geringe und schwierig zu erzielende Leistungen erwartet werden können.“ Wie sagten doch die Wortführer des Freisinn, als die Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit der Forderung einer ärztlichen Untersuchung der Schulkinder hervortraten? Zur Zeit liege kein Bedarf vor.

Nachdem jetzt auch für Berlin der Nachweis geführt worden ist, daß die Thätigkeit der Schulärzte segensreich ist, muß gefordert werden, daß ihre Zahl so rasch wie möglich vermehrt und die ärztliche Untersuchung auf alle Kinder ausgedehnt wird. Ober will man hier wieder Jahre hindurch in dem Stadium des „Versuches“ verharren, weil dabei Geld gespart wird?

Der Ausbildung von Kellnerinnen in Lokalen mit Damenbedienung widmet die Polizeibehörde besondere Aufmerksamkeit. Mit Rücksicht darauf, daß von einzelnen gewissenlosen Gastwirten kaum 16jährige Mädchen für den Beruf angebildet wurden, hat die Polizei verfügt, daß Kellnerinnen, die ihr 17. Lebensjahr noch nicht

beendet haben, von Gostwirten zur Beledung von Gästen nicht mehr beauftragt werden dürfen. Die Anstellung jüngerer Personen zu andern gastwirthlichen Zwecken, als Puffetdomen zc. ist zwar gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß die Mädchen nicht nach 10 Uhr abends beschäftigt werden.

Bilderbuch-Schwindel. In der letzten Ausgabe der „Woche“ ist ein Bild, welches den Professor Hegar darstellen soll, mit diesem aber gar keine Ähnlichkeit hat. Die „Preisgauer Zeitung“ schreibt dazu: „In der „Woche“ befindet sich diesmal das Bild des Herrn Geheimrat Hegar, d. h. es ist das Druckbild irgend eines unbekannten mit der Erläuterung: Geheimrat Professor Hegar in Freiburg i. Br., bedeutender Oculologe, feierte sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum.“ Die Freiburger können da ihren berühmten Mitbürger in völli g neuer Gestalt kennen lernen und daraus auf die Naturtreue der Abbildungen in dem journalistischen Warenhaus „Woche“ schließen.“

Durch einen betrunknen Schuhmann wurde am 24. Juni der 24-jährige Buchhandlungsbedienter Wilhelm Schüller, Holmannstr. 8 wohnhaft, mit Säbelhieben an beiden Armen, am linken Fuß und am Kopfe schwer verletzt. Sch., welcher im Hause Dorostreich 72 einen Geschäftsgang zu erledigen hatte, wurde ohne jede Veranlassung von dem Schuhmann Jast in dieser Weise zugerichtet. Seit dem 27. Juni, also über 4 Wochen befindet sich Sch. im Krankenhaus Am Urban und wurde er gestern aus demselben entlassen. Ob die schwere Kopfverletzung, welche die Schädelkapsel durchschlug, weitere Folgen haben wird, ist noch abzuwarten, da Sch., der sich noch der Behandlung des Arztes unterziehen muß, unangenehm an Kopfschmerzen und an sich oft wiederholenden Schwindelanfällen leidet. Sch. wird durch einen Rechtsanwalts Schritte unternommen, um durch den vierwöchentlichen Verdienstentgang seine Schadensansprüche geltend zu machen. Der Schuhmann Jast soll sich zur Zeit zur Beobachtung seines Geisteszustandes in der Charité befinden.

Ein merkwürdiger Fall beschäftigt gegenwärtig die Kriminal-polizei. Vor einigen Tagen berichtete der Untersuchungsrichter in Gäßrow folgenden hierher: Ein dort zum Tode verurteilter Händler Fritz Lindemann giebt an, daß er am 23. Februar 1899 in der Nähe von Diesdorf ein Mädchen ermordete, das er vorher verheiratet habe. Dem Leichnam habe er 86 M. geraubt und ihn dann in einer Sandgrube verscharrt. Das Mädchen habe ihm gesagt, daß es mit Vornamen Rosa heiße und aus Berlin komme. Es sei von schwächlicher Figur gewesen und habe ausländische Kleidung getragen. Lindemann sei mit ihr spazieren gegangen und habe an einer einsamen Stelle sein Verbrechen verübt. Die Angaben des Lindemann, der, wie bereits erwähnt, wegen eines andern Mordes am 6. d. M. vom Schwurgericht zum Tode verurteilt wurde, machen den Eindruck der Glaubwürdigkeit. Die Nachgrabungen nach der Leiche und die Bemühungen, die Persönlichkeit der Ermordeten zu ermitteln, sind allerdings erfolglos geblieben. Die Angaben des Lindemann passen, wie das „M. Journ.“ schreibt, ungefähr auf ein Dienstmädchen Dymek, das im Februar 1899 spurlos verschwunden ist. Die Vollstreckung des Urteils gegen Lindemann ist angehängt und gegen ihn eine zweite Untersuchung wegen Mordes eingeleitet worden.

Drohender Hauseinsturz. Auf polizeiliche Anordnung geräumt wurde gestern das Haus Holzsteiner Ufer 10, weil dasselbe sich erheblich gesenkt hat und bedenkliche Risse zeigte. Auf dem Reben-grundstück Holzsteiner Ufer 11 wird ein Neubau aufgeführt, und da der Boden sehr morastig ist, müssen dortselbst Pfähle eingemauert werden. Schon vor vier Wochen zeigte das Haus Holzsteiner Ufer 10, welches ebenfalls auf Pfählen errichtet ist, Risse, die zu einer bau-polizeilichen Untersuchung Veranlassung gaben. Da jedoch weitere Senkungen nicht eintraten, wurde die Fortsetzung der polizeilich inhibierten Bauarbeiten wieder genehmigt. Neuerdings jedoch erweiterten sich die Risse und eine Kommissionsstelle fest, daß sich das Haus um 4 Centimeter gesenkt hat und trotz Abstützung sich noch immer in Bewegung befindet. Da unter diesen Umständen eine Einfuhrgefahr nahe liegt, mußte das Haus gestern nachmittags von den Mietern geräumt werden.

Schon wieder ein Bootsunfall. Gestern nachmittags mieteten zwei junge Leute in einem Vergnügungslokal am Tegeler See ein Ruderboot, mit dem sie eine Fahrt nach dem Havelland zu unternehmen. Vermuthlich infolge einer unvorsichtigen Bewegung der Insassen schlug das Boot, als es sich in der Mitte des Sees befand, um, und die beiden Ruderer stürzten ins Wasser. Dem einen derselben, einem vorzüglichen Schwimmer, gelang es, seinen untergehenden Kameraden zu erfassen; er schwamm dem Boote zu und unternehmte sich an diesem fest. Da der Unfall nicht vom Ufer aus gesehen worden war, dauerte es wohl 20 Minuten, ehe den Oesenterten auf deren Hilferufe, die in Tegeler ort gehört wurden, Unterstüzung zu teil wurde. Die Hilfe kam gerade rechtzeitig, um eine Katastrophe zu verhindern, denn beide Verunglückten waren derartig erschöpft, daß sie sich nicht mehr an dem Boote anzuklammern vermochten und ihren Fall fast in demselben Augenblick verloren, als Rettung zur Stelle war. Die Verunglückten wurden nach einem Restaurant in Tegelort gebracht, wo sie sich bald wieder erholt.

Ein Straßenbahn-Unfall ereignete sich gestern, Mittwochnachmittags, an der Ecke der Bernauer und Gartenstraße. Der 10 Jahre alte Sohn Alfred des Bahnhofsarbeiters Willmar aus der Pustel-strasse 43 war mit einem Brauerwagen ein Stück Weges mitgeföhren, sprang an der genannten Ecke ab und geriet unter einen Straßenbahnwagen, der von Pantow her kam. Er wurde eine kleine Strecke mitgeschleift, erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels, zwei Kopf-wunden und Abschürfungen am Gesicht und am Hals. Der Verunglückte wurde mit einem Pflaster Rettungswagen von der Unfallstation in der Badstraße in ein Krankenhaus gebracht.

Vor seinem Geburtsdagstische erhängt hat sich am Diensttag-nachmittags der 26 Jahre alte Handwerker Friedrich Benzke aus der Griebenowstr. 21. Der junge Mann lebte mit seiner Mutter, die 46 Jahre alt ist, in Insrieden, weil sie stark trinkt. Er hatte sich deshalb schon einmal von ihr getrennt, wohnte aber seit einem halben Jahre wieder mit ihr zusammen und unterstützte sie. In der letzten Zeit aber gab es von neuem öfter häusliche Austritte, die immer heftiger wurden. Vor 14 Tagen geriet Benzke in eine solche Aufregung, daß er eine Anzahl Bilder und eine Thürfüllung zertrümmerte. Am Montag feierte er seinen Geburtstag. Die Gesehte, die er dabei erhielt, hante er am Dienstagnachmittags, als seine Mutter sich auf ihrer Arbeitsstelle befand, auf dem Tisch in der Wohnstube auf, richte den Tisch nach der Wand zu und erhängte sich dann vor ihm an Spiegelrahmen. Als die Mutter nach Hause kam und ihn fand, war er tot.

Durch ein Automobil, das in der Nacht zum Mittwoch die Frankfurter Allee in rasendem Tempo durchfuhr, wurde der 25jährige Kutscher Gustav Kuhn aus der Trifflstraße 18, der auf einem Zweirad dieselbe Straße entlang fuhr, von hinten angefahren und eine Strecke weit fortgeschleift. Der Kutscher erlitt schwere Verletzungen und mußte nach der nächstgelegenen Sanitätsstation gebracht werden, während sich der Automobilfahrer seiner Feststellung durch schleunigste Flucht entzog. Man vermutet in dem räthselhaften Fahrer einen Automobilisten aus Karlsdorf, der sich schon häufig unangenehm bemerkbar gemacht hat.

In der Trunkenheit verunglückt ist in der vorgestrigen Nacht auf dem Tempelhofer Feld der Arbeiter Wilhelm Danke aus Tempelhof, G., der sich gegen 1/2 Uhr auf dem Heimweg befand, brach auf dem Straßenbahngeleise zusammen und blieb dort liegen, um einzuschlafen. Zu derselben Zeit kam der Straßenbahnwagen 1551 der Linie Westendstraße-Mariendorf herangefahrt, dessen Führer bei der Vertheilung der Dunkelheit den auf dem Geleise liegenden Körper des Arbeiters erst entdeckte, als sich der Wagen bereits unmittelbar vor demselben befand. G. geriet unter den Perron und erlitt eine Schenkelverletzung des rechten Oberarmes, sowie eine nicht unerhebliche Kopfverletzung. Er wurde nach dem Krankenhaus Am Urban überführt.

Einer der schwersten Männer Verlußt, der 52 Jahre alte Großhändler Hermann Theunert aus der Prinzenstr. 111, wurde Mittwochnachmittags um 4 Uhr unter zahlreicher Beteiligung seiner Verunglückten auf dem alten Luisenstädtischen Kirchhof an der Bergmannstraße beerdigt. Theunert war nicht weniger als 395 Pfund. In der Nacht zum Montag brach er auf der Treppe zu seiner Wohnung vom Herzschlage gerührt tot zusammen. Am Montag früh vernünftigen ihn seine Angehörigen und fanden ihn als Leiche auf dem Treppenaufgang liegen.

Feuerbericht. Zwei größere Brände hatte die Feuerwehr in der Nacht zum Mittwoch abzuschließen. In der Markussir. 18, im sogenannten Markushof, war auf nicht ermittelte Weise im Verkaufsladen des Partiewaren- und Garderobengeschäfts von Otto Neßel Feuer ausgebrochen, das sich rasch über den ganzen Laden verbreitete. Es gelang dann zwar, durch kräftiges Wasser-gießen die Flammen zu ersticken, doch ist fast der gesamte Warenvorrat vernichtet oder entwertet. Kurz darauf erfolgte Alarm nach der Prenzlauerstr. Nr. 41, wo in der bekannten Fabrik für Patent-Zürschlößer von Schubert u. Werth Feuer ausgebrochen war. In dem Lagerraum brannten Rosten und Regale. Auch hier konnte die Gefahr halb beseitigt werden. Nach der Ausrufung 34 wurde die Wehr gerufen, weil hier Gas ausgeströmt war. Der Uebelstand konnte mit Leichtigkeit beseitigt werden. Melchiorstraße 84 wurden Kartons und Kleider eingeküchert. Mittwoch gegen Abend erfolgte Jerusalemstr. 54 in einer Möbel-fabrik beim Kochen von Terpentin eine kleine Explosion, die aber keinen wesentlichen Schaden verursachte. Längere Zeit hatte die Wehr in der Oranienstr. 80 zu thun, wo Pfeifenfabrik, die sich von selbst entzündet hatten, umgeschichtet werden mußten. Kleinere Brände wurden außerdem noch von Schönhauser Allee 147a und Neue Friedr. 78 gemeldet.

Robert Steidl im Apollo-Theater. Wie bereits mitgeteilt, wird morgen Robert Steidl zum erstenmal nach seinem Urlaub wieder im Apollo-Theater auftreten. Welcher Beliebtheit der Humorist sich bei dem Berliner Publikum erfreut, geht wohl daraus hervor, daß für die morgige Vorstellung das Theater fast ausverkauft ist. Steidl wird den „Beaut d'a s“ in einem melodischer Operette „Vishirats“ spielen, während in dem andern Hauptrollen Lucille Carola, Arnold Nies, Emay Kröcher und Martin Kettner thätig sein werden.

Treppe-Sternwarte. In den Nächten vom 8. bis 12. August werden unter sehr günstigen Umständen in diesem Jahre die Perle der Stern-schuppen, die sogenannten „Thronen des heiligen Laurentius“, sichtbar werden. Direktor Argenhold wird am Sonntagnachmittags um 5 Uhr auf der Treppe-Sternwarte in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag Anmerkungen für die Beobachtung dieser bevorstehenden Sternschuppenschwarme geben.

Aus den Nachbarorten.

Das Charlottenburger Gewerbegericht veröffentlicht soeben den Bericht über seine Thätigkeit im Geschäftsjahre 1901/02. Anhängig gemacht wurden 702 Klagen. Die Zahl der im Berichtsjahre anhängig gemachten Streitigkeiten ist gegen das Vorjahr um 87 Klagen oder 11.4 Proz. gewachsen. An der Zunahme des Berichtsjahres sind verhältnismäßig beteiligt: das Baugewerbe mit 1.8 Proz., die Fabrikbetriebe mit 0.1 Proz., das übrige Handwerk und Gewerbe mit 11.5 Proz., zusammen also mit 12.9 Proz. der Gesamtzunahme, welcher eine Abnahme bei den nicht unter die sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallenden Streitigkeiten mit 1.5 Proz. gegenübersteht. So daß sich obige Zunahme ergibt mit 11.4 Proz. der Gesamtzunahme. Für sich allein betrachtet haben die Streitigkeiten im Baugewerbe um 4.5 Proz., bei den Fabrikbetrieben um 2 Proz., beim übrigen Handwerk und Gewerbe um 24.7 Proz. gegen das Vorjahr zugenommen, während die nicht unter die sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallenden Klagen um 24 Proz. gegen das Vorjahr abgenommen haben. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Gewerbegerichts-Bezirks betrug die Zahl der Klagen 0.40 Proz., während sie sich zum Beispiel in Berlin auf 0.60 Proz. belief.

In 92 Fällen haben mehrere Kläger gemeinschaftliche Klage erhoben, die Höchstzahl der zu einer Streitgenossenschaft vereinigten Kläger betrug 16, die Zahl der Kläger überhaupt 936. Der höchste Streitgegenstand im Berichtsjahre betrug 1650 M. 78 Proz. der Klagen hatten einen Streitwert bis zu 50 M. Von den Klagen wurden erledigt durch Zurücknahme vor dem Termin 25, durch Zurück-nahme im Termin 77, durch Anerkenntnis 9 und durch Vergleich 162. Von den übrigen Klagen sind erledigt worden durch rechtskräftiges Verdictum interzelle gegen 12 Klagen, gegen den Beklagten 54, durch Verdictum im Sinne des § 88.4 des Gewerbegerichts-Orbefehs 8, durch kontraktliches Endurteil und zwar durch Beurteilung (ganz oder teilweise) 106, durch Abweisung der Klage 120, ferner auf andre Weise (Auslassung des Prozeses, abweisender Vergleich wegen Unzuständigkeit) 171. Unerledigt blieben am Schluß des Geschäfts-jahres 24 Klagen. In drei Fällen ist Berufung gegen Endurteil des Gewerbegerichts eingeleitet, davon ist in einem Falle die Sache unter Aufhebung des ersten Urteils zur nochmaligen Entscheidung an das Gewerbegericht zurückverwiesen, zwei Fälle waren noch unerledigt. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre zweimal angerufen, und zwar einmal am 11. April 1901 von den unabhängigen Arbeitern der städtischen Gas-anstalt. Da der Magistrat jedoch die Anrufung des Einigungsamtes seinerseits ablehnte und da die Unabhängigen es ihrerseits unterließen, Vertreter zu bestellen, konnte in Verhandlungen nicht eingetreten werden. Im andern Falle handelte es sich um Lohnstreitigkeiten infolge von Lohn-herabsetzungen bei einer größeren Holzfirma. Infolge des nunmehr gefällig eingetretenen Erscheinungszwanges der Parteien konnte zwar in Verhandlungen eingetreten werden, doch lehnten auch in diesem Falle die Vertreter der Firma eine Anrufung des Einigungsamtes ab. Die Verhandlungen zeigten jedoch das gute, daß die Vertreter der Firma sich bereit erklärten, in eine wohlwollende Prüfung der Wünsche ihrer Arbeiter einzutreten und über die Aufstellung eines Lohnsatzes mit ihnen zu verhandeln.

Schöneberg. Wegen Regulierung der Hauptstraße auf dem Teile von der Klagenstraße bis zum Anfang der alten Dorfau schweben zur Zeit noch Verhandlungen zwischen dem Post-fiskus und dem städtischen Tiefbauamt. Da die Dienstwohnungen des neuer Postgebändes schon Anfang September bezogen werden sollen, so ist es dem Postfiskus darum zu thun, daß die Regulierung der westlichen Seite der Hauptstraße, wenigstens bis zum genannten Teile, so schnell wie nur irgend möglich geschieht. Auch im Verkehrsinteresse und mit Rücksicht darauf, daß voraussichtlich schon im Oktober ein Teil des Postbetriebes in dem neuen Gebäude eingerichtet werden dürfte, ist eine umgehende Neugestaltung dieser Straße, in der immer noch die Schienen der ehemaligen Dampf-Straßenbahn liegen, dringend ge-boten. Diebtsbezügliche Anregungen bei den kommunalen Körper-schaften sind freilich schon oft erfolgt, aber man scheint immer noch nicht, wenigstens was den letzteren Uebel-stand betrifft, mit der nötigen Energie an eine Beseitigung derselben, der der sogenannten „Kraßstraße“ gewiß nicht zur Ehre gereicht, vorgegangen zu sein. Hoffentlich wird nach den Ferten der Sache näher getreten.

Die Durchlegung der Götterstraße zwischen der Grunewald- und der Apffel Paulusstraße wird nach Fertigstellung des neuen Amtsgerichtsgebäudes erfolgen. Mit dem Neubau des Polizeidirektions-Gebäudes, das dem Amtsgericht gegenüber zu liegen kommt, soll im nächsten Frühjahr begonnen werden.

Aus Rixdorf. Einen empfehlenswerten Bureauvorsteher hatte der in der Rixdorfstraße wohnhafte Gerichtsvollzieher Klüger in der Person des 24-jährigen Karl Schmiedeke. Wie sich jetzt herausgestellt hat, falschte Sch. in zahlreichen Fällen die Unterschrift seines Arbeit-gewerks auf Rechnungen und zog bei den Schuldnern die betreffenden Beträge ein, die er dann für sich verbrauchte. Als Mäuger merkte, daß Sch. nicht ehrlich sei, entließ er ihn. Nunmehr unternahm Sch. gegen R. Expressverstehe gemeinsamer Art, was gestern zu seiner Verhaftung führte. Bei einer Hausdurchsichtigung in der Wohnung des Sch. fand man noch ganze Stöße gefälschter Akten, welche Sch. bei seinen Schwindeln verwerten wollte. Es dürfte ihm das Hand-

werk auf längere Zeit gelegt werden. — In unheimlicher Weise mehren sich hier in letzter Zeit die Einbrüche diebstahlige. Wahrscheinlich handelt es sich wieder um eine ganze Diebesbande, deren Spur jedoch noch nicht zu entdecken war.

Sichtenberg. Nach zweijähriger Thätigkeit als Maschinenführer der Anlagen der Rechner-Rothschens Kanalstation der Gemeinde ist der Maschinenführer aus seiner Stellung entlassen worden, weil er — in Berlin wo er hat und seinen Wohnsitz trotz wiederholter Auf-forderung nicht nach Sichtenberg verlegen will! Das Kuratorium, dem der Rentier Kronhausen vorsteht (bekannt unter seinem früheren Namen „Cohn“, Besitzer der Ruckenschuhfabrik), beruft sich darauf, daß es im Orte Wohnungen genügend gebe. Art läßt eben nicht von Art. Die Gasanstalt hat auch ein „Kuratorium“, dem Herr Amier Kloster vorsteht. Hier wird eine andre Praxis verfolgt. Hier werden die Arbeiter entlassen, die am Orte wohnen und die andrer Orte weiter beschäftigt. Davon, daß die entlassenen Arbeiter „zufällig“ Bevollmächtigter und zweiter Schriftführer des Verbandes der in Gemeindefabriken beschäftigten Arbeiter sind, hatten der Herr Vorsteher und auch der Herr Direktor gar keine Kenntnis! Man erzählt sich hier, daß der Grundbesitzerverein nunmehr auf einen Wechsel im Vorstand der Gasanstalt dringen wird, da hier und da doch noch eine Wohnung von „Stube“ und Küche zum Preise von etwa 800 Mark frei sein soll, die dann mit Hilfe eines Vorstehers aus der Mitte des Vereins eher vermietet werden kann! Armer Kloster!

Und unsere Gemeinde-Arbeiter? Und deren Organisation? Daß die Vorgänge in der Gemeindeverwaltung neben andern Dingen besprochen werden, dafür werden hoffentlich unsere Genossen sorgen; der Gemeinde-Arbeiter-Verein ist es aber, energisch Front zu machen gegen den Versuch, den „Kraßhof“ an die Stelle der Organisation zu setzen.

Friedrichsfelde. Die erste große Schlacht zwischen den bei den Kommunalwahlen gegen die Socialdemokratie kämpfenden feindlichen Brüdern, den Friedrichsfelder Bürgervereinen einerseits und den Karlsforster Bürgervereinen und Friedrichsfelder Bauern andererseits, wurde am Dienstag in der Gemeindeverwaltung geschlagen. Beim ersten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, für den Bauern, welcher den Karlsforster Ortsteil dienstlich besuchen muß, ein Fahrrad auf Gemeindegeldern anzuschaffen. Bei Punkt 2 wurde beschlossen, vom Landrat v. Tressow ein innerhalb des Bedarfsplanens gelegenes, 3/4 Morgen großes Grundstück für den Gesamtpreis von 14 000 M. für einen Pflanzablageplatz zu kaufen. Bei dem zweiten Punkt die Diskussion schon nicht mehr ruhig, so wurde bei dem 3. Punkt schon mehr als heftig, hieß derselbe doch: Einführung der Grundsteuer.

Als vor etwa Jahresfrist derselbe Punkt erörtert wurde, wurde die Steuer mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten damals die Bauern, die Grundstückspeculanten und die Karlsforster Vertreter. Obgleich es während und nach dem Wahlkommissariat immer hieß, die Karlsforster Vertreter hätten ihre Ansicht in dieser Frage geändert, stimmten dieselben jetzt wieder geschlossen gegen die Einführung der Grundsteuer, natürlich auch die Bauern. Mit 10 gegen 9 Stimmen wurde bei einer Stimme Enthaltung die Grund-steuer wiederum abgelehnt. Der Gemeindevorsteher stimmte dies-mal dafür. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wurde ab-gelassen. Nun zogen die feindlichen Brüder gegeneinander zu Felde und spendeten sich alle möglichen Insulten, nur nicht Kolonaten. Einige der Friedrichsfelder Bürgervereiner drohten sogar, bei der nächsten Kommunalwahl socialdemokratisch zu wählen, erwiderten aber bei den als Zuhörern anwesenden Genossen nur Spott und Ge-lächter.

Bemerkenswert waren die Ausführungen der Karlsforster Ver-treter. Alle sechs (zwei fehlten) erklärten sich sehr für die Grund-steuererhebung, stimmten aber alle dagegen, sogar der im Vorjahre als Antragsteller fungierende Buchhändler Radtke. Der sachliche Kritik ließ sich die Socialdemokraten; was wir vor der Wahl prophezeiten, ist bis auf die Unpfeifen eingetroffen.

Spaubau. Die Verhaftung des Genossen und Stadtverordneten Wehe und seines Schwagers, des Fabrikarbeiters Eüberling wegen Verdacht der Untreuefälschung erregt begrifflichere Auf-sehen. Wehe, der eine Gastwirtschaft besitzt, war in schlechte finanzielle Verhältnisse geraten, und um sich aus seiner Verlegenheit zu befreien, soll er gemeinsam mit dem Schwager die bezeichnete Manipulation vorgenommen haben.

Ein militärisches Verbot, so meldet eine Korrespondenz, ereignet in Potsdam bedeutendes Aufsehen. In der Altkamp befindet sich eine Weinstube, welche in den letzten Jahren vielfach von jüngeren Offizieren der Potsdamer Garnison, auch von Jährlingen und Ein-jährigen aufgesucht wurde. Es ging dort oft hoch her, da auch die hohe Weinstube mitunter dort vertreten war, der Selt stoh manch-mal in Strömen, und die jungen Leute machten gehörige Jeck-schüden. Zu den Jährlingen gehörte der Weinstube ge-hörte auch der Sohn eines höheren Offiziers, der als Leutnant in einem Potsdamer Garderegiment steht. Wegen dieses hat nun der Weinstubler eine Klage wegen Zahlung von einigen tausend Mark Reichsgulden angestrengt und dies hat nur die Veranlassung dazu gegeben, daß man seitens des betreffenden Regiments den Offizieren, Advantagesen, Jährlingen und Einjährigen den Besuch der Weinstube verboten hat.

Verfammlungen.

Zu der Versammlung des Wahlvereins für den sechsten Wahlkreis, die am Dienstag im Saal von Weinert in der Schul-strasse stattfand, hielt Genosse Koble einen Vortrag über die Frage: Ist eine Regelung der Arbeiter-Einkommen möglich? gebung auf internationaler Grundlage möglich? Der Redner gab eine geschichtliche Uebersicht über die Bestrebungen zur Herbeiführung eines wirksamen Arbeiterkongresses und wie ein-bezüglichen Beschlüsse verschiedener Arbeiterkongresse und wie ein-bezügliche Beschlüsse sind, die sich infolge der verschiedenen Artigkeit der Verhältnisse einer internationalen Regelung der An-gelegenheit entgegenstellen. Der Redner kam zu dem Schluß, daß ein wirksamer Arbeiterkongress auf internationaler Grundlage nur durch gemeinsame Arbeit des Proletariats aller Länder herbeigeführt werden könne und nicht durch solche Beratungen, die von Vertretern der herrschenden Klassen unter Ausschluß der Arbeiterklasse gepflogen werden. — Anschließend an den mit regem Beifall aufgenommenen Vortrag forderte der Vorsitzende zu energischer Beteiligung an den Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse und zur Agitation für die Arbeiterpresse auf. —

Die Steinarbeiter und der Rathshausbau. Eine große Ver-sammlung Berliner Steinarbeiter beschäftigte sich Dienstagabend im Englischen Garten, Alexanderstraße, unter andern mit dem Verhalten des Berliner Magistrats hinsichtlich der Steinarbeiter am neuen Rath-hausbau. Der Vertrauensmann führte etwa aus, die bisherigen wiederholten Eingaben zc. an den Magistrat, die Steinarbeiten durch Berliner Arbeiter ausführen zu lassen, seien unberücksichtigt geblieben. Im Dezember vorigen Jahres sei dem Magistrat bereits eine Petition über diese Angelegenheit zugesandt worden und frage es sich nun, was weiter, unter Berücksichtigung der außergerichtlichem Arbeits-lofigkeit der Berliner Steinarbeiter, zu geschehen habe. Nach leb-hafter Debatte wählte die Versammlung eine dreigliedrige Kommission und beauftragte diese, sofort beim Magistrat persönlich vor-stellig zu werden, damit die fernere Beschäftigung auswärtiger Stein-arbeiter beim Bau des neuen Rathauses unterbleibe und nur Berlinern diese Arbeiten übertragen werden.

Die Holzbearbeitungs-Maschinen-Arbeiter hielten am Dienstag im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Generals-versammlung ab, die als eine Fortsetzung der vor kurzem statt-gefundenen ordentlichen Generalversammlung zu betrachten war, wo-selbst infolge der damals schon weit vorgeschrittenen Zeit nicht alle Punkte der Tagesordnung mehr erledigt werden konnten. Beide Versammlungen sind somit nur als eine anzusehen. Den

Kassenbericht vom zweiten Quartal gab Koch, Dem nach hatte der Verband eine Einnahme von 28.676,00 M. und eine Ausgabe von 9988,10 M., so daß ein Kassenbestand von 18.687,90 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. — Hierauf gab der Vorsitzende Hoffmann den Bericht des Vorstandes. Es wurden abgehalten: 2 Generalversammlungen, 3 Mitglieder- und Delegiertenversammlungen, 27 Vorstandssitzungen und eine Versammlung am 1. Mai. Jädice als Mitglied der Werkstatt-Kontrollkommission sät hinzu, daß noch 48 Werkstatt-Sitzungen und 7 Bezirks-Delegierten-Sitzungen stattgefunden haben. — Bericht über die Rechtschutz-Kommission. Heute führt aus, beim Reichs-Versicherungsamt seien zehn Klagen anhängig gemacht; davon hätten gänzlichen Erfolg 2, teilweisen Erfolg 1, abgewiesen wurden 3, nicht erledigt sind 4 Klagen. Beim Schiedsgericht wurden 13 Klagen eingereicht; 3 davon hätten gänzlichen Erfolg, 6 wurden abgewiesen und 4 sind noch nicht erledigt. — Ueber die Arbeitsnachweis-Kommission berichtet Kuhner. Arbeitslos waren im letzten Halbjahr 529 Kollegen (im vorigen Halbjahr 708). Stellenangebote gingen ein 826 (im vorigen Halbjahr 968), besetzt wurden 227 Stellen (im vor. Halbjahr 299). — Am Schlusse der Zusammenkunft waren noch 69 Kollegen arbeitslos. — Ein Antrag des Vorstandes, den beiden Delegierten der Gewerkschaftskommission Sitz und Stimme im Vorstand zu gewähren, wurde angenommen, gleichzeitig wurden dem Kassierer 240 M. und dem Beitragskassierer 40 M. Mantelgelder bewilligt. — Die nun vorgenommenen Wahlen hatten folgenden Ergebniss: 1. Vorsitzender Hoffmann; 2. Vorsitzender Seitzmann; 1. Kassierer Jimpel; 1. Schriftführer Göber. Die übrigen Vorstandsmitglieder scheiden erst am Schlusse des Jahres aus. In die verschiedenen Kommissionen wurden nachstehende Kollegen gewählt: Gewerkschaftskommission: Jaetz und Steinhorn. Rechtschutz-Kommission: Göber als Obmann sowie Franz und Pöczhnski. Werkstatt-Kontrollkommission: Michaelis als Obmann; für SO. Plegner und Schneider; für O. Borm und Heumann; für SW. Sommer und Lüd. Ferner wurden gewählt als Revisor Schubert und als Bibliothekar Ludwig.

Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, gab Hoffmann einen Überblick über den Stand des Kampfes gegen den Arbeitsnachweis der Holzindustriellen. Er bedauert, daß sich verschiedene Kollegen soweit veressen haben, trotz der gefassten Beschlüsse den Innungsmitgliedern in Anspruch zu nehmen. Der Kampf sei bei strenger Pflichterfüllung keineswegs aussichtslos, wie einige pessimistische Annahmen, sondern biete vielmehr die günstigsten Chancen. Obwohl für Unterstüßungen in dieser Sache ca. 4500 M. verausgabt seien, so habe man es doch noch nicht nötig gehabt, den örtlichen Fonds anzugehen. Auch sei die Mitgliederzahl des Verbandes nicht zurückgegangen, wie von den Innungsmitgliedern fälschlich behauptet werde. Es sei alles daran zu setzen, um diesen Kampf zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, damit die Holzarbeiter nicht in eine ähnliche Lage geraten wie die Metallarbeiter durch den Arbeitsnachweis des Röhrenmänner-Verbandes.

In der anschließenden Debatte führte Schneider verschiedene Einzelheiten an aus den Erlebnissen der Beobachtungsreisen mit der Polizei. Seine Schilderungen schließt er mit der Bemerkung: Die polenstehenden Kollegen wurden mit derselben Regelmäßigkeit nach dem Polizeibureau geführt, als wie andre Arbeiter von und zum Mittagessen gingen. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige Generalversammlung beschließt, an der bisherigen Leitlinie im Kampfe gegen den Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung und der vereinigten Holzindustriellen festzuhalten und nicht eher zu ruhen, als bis ein befriedigendes Resultat für die Arbeiter erzielt ist.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands hatte am Sonntag die Antifischer und Arbeiter aus den Transport- und Fuhrbetrieben Verlus zu einer Versammlung eingeladen, um Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Erhebungen der Reichskommission für Arbeiter-Statistik über Lohn und Arbeitszeit der Angestellten genannter Betriebe. Der Referent Schumann feingekennzeichnete

dabei die furchtbaren Mißstände, unter denen die Angestellten, Antifischer und Arbeiter dieser Branche zu leiden hätten. Neben der schlechten Entlohnung existiert in fast allen Betrieben eine unmenschlich lange Arbeitszeit und auch eine schlechte Behandlung. Die furchtbare Ausbeutung bringe es weiter mit sich, daß sich die Unfälle innerhalb dieser Betriebe von Jahr zu Jahr vermehrt haben, denn die Unternehmer beachten selbst die wenigsten Schutzbestimmungen, die neuerdings für die Fuhrbetriebe erlassen wurden, nicht. Angesichts dieser schlimmen Zustände hat der Verband die Reichsregierung seit dem Jahre 1894 wiederholt auf diese Mißstände hingewiesen und dieselbe aufgefordert, Erhebungen innerhalb dieser Betriebe zu veranstalten. Lange haben wir warten müssen, jetzt endlich hat die Regierung unserer letzten Eingabe vom vergangenen Jahre stattgegeben. Der Hauptvorstand hat sofort Abschriften der Fragebogen anfertigen lassen, so daß sich die Kollegen schon vorher informieren können. Da die Fragebogen den Betrieben durch die Polizeibehörden zugestellt würden, sei Gefahr vorhanden, daß hier und da die Unternehmer verstanden, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Antifischer zu beeinflussen. Es müsse daher alles aufgegeben werden, daß die Fragebogen in richtiger und objektiver Weise beantwortet werden. Nach einer längeren Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, wodurch sich die Kollegen verpflichtet, im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu handeln.

Verband der Kapazierer. In der Mitgliederversammlung am 28. Juli gab der Vorsitzende den Bericht vom vorigen Quartal. Streits sind in diesem Vierteljahr nicht geführt worden, es lauten nur einige kleine Berufsbefreiungen vor. Der Kassierer Leo Schmidt gab sodann folgenden Kassenbericht: Einnahme pro zweites Quartal 3123 M., hierzu der Bestand vom ersten Quartal 2986,42 M., in Summa 6109,42 M. Ausgaben 2546,94 M. und ein Verlust von 1851 M., der den Verband durch den Einbruch ins Verbandsbureau am 9. April betroffen hat, bleibt ein Bestand von 1721,48 M. Die Mitgliederzahl beträgt 850.

Eingegangene Druckschriften.
Von der „Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Wollschlaeger), ist soden das neunte Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Mutter. Novelle von Georg Freyler von S. Campora. — Die Enttöpfung der Sächsischen Schweiz. Von Wilhelm Bölsche. — Die Albigenser. Freie Dichtungen von Nikolaus Lenau. (Fortsetzung). — Im Hamburger Waisenhaus. Erinnerungen eines ehemaligen Jünglings. — Ist die soziale Frage eine Bildungsfrage? Von Heinrich Schulz-Wechsungen. — Veränderte Welt. Gedicht von Nikolaus Lenau. — Der Sieg des Schwabens. Erzählung von Heinrich Meyer. (Schluß). — Ueber Handchirurgie. Von Walter Hofmann. — Kunstfelle: Waldmann. Von Otto Fischer.

Vermishtes.
Schwerer Bootsunfall. Wie aus Elbing telegraphisch gemeldet wird, kenterte auf dem Haffsee bei Gerdsvalde, Kreis Mohrungen, ein Boot mit vier Personen. Ein junger Mann und zwei junge Mädchen ertranken. Ein drittes junges Mädchen konnte sich retten. Die Leichen sind bisher nicht gefunden worden.

Was die Verfolgung der Humberts kostet, berechnet ein Pariser Blatt wie folgt: 45 Agenten sind thätig, um den „unbekannten Aufenthaltsort“ der Humberts zu erkunden, und dazu kommen noch „besondere Gefände“, die von Zeit zu Zeit ins Ausland geschickt werden, wenn die Flüchtlinge von dem oder jenem Orte signalisiert werden. Die Agenten gehen jenen Leuten nach, die mit den Humberts und Daurignacs in intimen Beziehungen standen. Das macht viel Mühe, besonders während der großen Hitze, und kostet viele Wagen; für die Eisenbahn verfügt der Sicherheitsdienst über Verwaltungs-passeirischeine. Das Heer dieser Agenten bezieht natürlich Geld aus der Staatskasse, und wenn man das Gehalt und die täglichen Ausgaben der Agenten auf 3 Frank festsetzt — was gewiß nicht übertrieben ist — so macht das täglich 135 Frank, monatlich 4050 Frank und jährlich 48.600 Frank. Die Humberts, die so vielen Gefährdungen schon so viel Geld gelostet haben, kosten jetzt noch allen Steuerzahlern Geld.

Geistlicher Stillschleiferverbrecher. Das Schoungericht von Paraillo verurteilte den Priester Don Juan Mouta vom heiligen Berg, welcher das neunjährige Mädchen E. W. von Donoso vergewaltigt hatte, zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 800 Lire Geldstrafe und 5000 Lire Schadenersatz an die Eltern des erkrankten Kindes. Die Heritale Partei Piemonts hatte ihre besten Rechtsanwälte, L. Dozino und Jappetti, als Verteidiger bestellt und auf Leugnen, Verächtnisse und Nichter einen namhaften Gewissensdruck ausgeübt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Werkwürdige Verwandtschaftsverhältnisse. In Stein (U. S. Trostberg) lebt eine Gittersfamilie, die ganz kniffo Verwandtschaftsverhältnisse unter ihrem Mitaledein aufweist. Der 72jährige Gitter heiratete nach dem Tode seiner ersten Frau ein 22jähriges hilsches Mädchen, das seinem Gatten einige Kinder gebar. Die Mutter der jungen Frau ist ebenfalls im Hause und 60 Jahre alt. Nun erhebt sich aber die 22jährige Gitterin eines Stiefsohnes im Alter von 48 Jahren, der wiederum eine 24jährige Tochter sein eigen nennt, die selbst wieder Mutter eines 5jährigen Mädchens ist. Es ergibt sich hiermit folgendes Aussehen: Der 72jährige Schwiegerohn blüht kindlich zu seiner 69jährigen Schwiegermutter empor; der 48jährige Stiefsohn befrucht die 22jährige Stiefmutter um ihren mütterlichen Rat und kann sich rühmen, 2 bis 3 jährige Stief-Schwiegertochter zu haben. Diese aber sind die Stiefkinder der 24jährigen Tochter des Stiefsohnes, und das 8 jährige Mädchen der leytenden Tochter des Stiefsohnes, und das 8 jährige Mädchen der leytenden Tochter in den paarjährigen Töchterchen der Stiefmutter ihre ehelichen Stiefgrößkinder. Die 24jährige Tochter des Stiefsohnes nennt die junge Gitterin ihre Stiefgroßmutter, die hingegen dem 8 jährigen Mädchen ihrer Stiefkinderin die Großmutter einer 22jährigen Stiefgroßmutter entgegenbringt.

Briefkasten der Redaktion.

C. S. 11. Die Hunde bilden eine besondere Familie der Säugetiere; sie zerfallen in vier Gattungen, deren erste die echten Hunde bilden. Bei diesen kann man drei Gruppen unterscheiden: Wolfe, Schafale, Bähle. Der Hund, der zu den echten Hunden gezählt wird, kommt wahrscheinlich von einem Schafalarten ab, die sich leicht zähmen ließen und später durch ihre Kreuzungen die verschiedenen Rassen erzeugten.

F. S. Wir empfehlen Ihnen: B. Bölsche. Die Entwicklungsgeschichte der Natur. Zwei Bände. Den Katalog der Bibliothek in der Alexandrinenstraße müssen Sie schon selbst einsehen.

Zwei Weltende. P. S. V. M. Das letzte deutsche Bundesfestspiel wurde im Jahre 1898 abgehalten.

F. S. Das Nähere erfahren Sie im Verband der Gaswärtgehilfen, An der Spindelnstraße 30.

B. S. Bitte wenden Sie sich an die Direktion der Ausstellung, Charlottenburg, Braunhoferstr. 11-12.

R. S. Uns leidet nicht bekannt.

W. S. Meinem Sie die Rede, die den Sach enthielt; es kann vorkommen, daß ihr eure eignen Verwandten, Brüder, ja Eltern wiedersehen oder hören müßt? Diese Ansprache wurde bei der Potsdamer Restantenverehrung am 23. November 1891 gehalten.

Stud. phil. Erich Woth. Ihre „Verpflichtung“ entspricht nicht den Bedingungen des Preisausschusses. Im übrigen bedürfen wir zu weiteren Informationen nicht Ihrer Versicherungen.

Witterungsbericht vom 30. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. u. G.	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. u. G.
Schwetzingen	763	SW	4 Stk. bed.	15	Hagenau	753	SW	2 bedekt	11
Darmstadt	763	SW	4 bedekt	18	Heidelberg	768	SW	1 bedekt	14
Berlin	764	SW	2 wolkig	17	Wetzlar	768	SW	1 bedekt	14
Frankfurt	767	SW	2 bedekt	17	Heidenheim	769	SW	1 wolkig	15
München	779	SW	3 bedekt	16	Paris	769	SW	1 wolkig	15
Wien	768	SW	1 wolkig	19					

Weiter- Prognose für Donnerstag, den 31. Juli 1902.
Rienlich kühl und veränderlich, vielfach wolkig mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 31. Juli.
Neues Opern-Theater (Stoll).
The silver slipper. (Der silberne Pantoffel.) Auf. 7 1/2 Uhr.
Im Wiederpielhaus: Offenbach-Opern: Palm und Perinette. Dornröschen. — Der Regiments-Jauber. Anfang 8 Uhr.
Wespen. Die Brautwerbung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Moritz-Oper.) Travolta. Anfang 8 Uhr.
Neues. Redige Deute. Anfang 8 Uhr.
Carl Weh. Der Dämon. Hier auf: Eie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühne.
Der Herrlein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secession. Silberne Hütchen. Anfang 8 Uhr.
Hologens-Bühne-Theater.
(Ueberbreit.) Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten. Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten. Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten. Vorstellung.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel der Kapelle des Königl. Bayerischen 21. Infanterie-Regiments, kgl. Musikdirektor Jul. Schreck. Entree 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ZOOLOGISCHER GARTEN.
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel der Kapelle des Königl. Bayerischen 21. Infanterie-Regiments, kgl. Musikdirektor Jul. Schreck. Entree 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Sommers-Theater.
Marienbad.
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Neu! Täglich: Neu!
Großstadt-Leben.
Gr. Aufwartungs-Passe in 2 Bildern von Reichard. Aufst von Schmidt.
In Specialitäten.
Entree 20, 30 und 50 Pf.
Sonntag: **Ball.**
Empfehle meine Mäulichkeiten den verehrten Vereinen und Gewerkschaften beidens. Mäßige Bedingungen. Richard Wagner.

Sanssouci.
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei un-günstiger Witterung im Saal:
Hofmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Solire: Tanzkränzen. Tanz frei!
Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wodentags 6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Englischer Garten.
27 c. Alexanderstraße 27 c.
Jeden Montag, Mittwoch, Donner-tag und Sonnabend: 4000.
Ball! Entree und Tanz frei!

Apollo-Theater.
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: Die grossartigen Specialitäten.
Um 9 Uhr:
Lysistrata.
Am 1. August Wiederauftreten von Robert Steidl.
Kasseneröffnung 7 Uhr.

CASTANS Panoptikum.
Friedrich-Strasse 185.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.
Bienen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Schweizer Garten.
Am Königsthor 42029.
Am Friedrichshain.
Täglich: **Früheres Puhmann**
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz. Jeden Abend 10 Uhr:
Die Ballettschule.
Große Gesangs-Passe mit Tanz v. Kuno.

W. Noacks Theater.
Weinmannstraße 14.
Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Gediegene Gesellschaft.
Nur keine Männer!
Sarkoste mit Gesang und Tanz von Gerde.
Im Saal: Tanzkränzen.

Ostbahn-Park.
Am Kärtnerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert.)
16 neue erstkl. Nummern
Passage-Panoptikum.
Moles Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

Prater-Theater.
Kassanten: Allee 7-9.
Täglich:
Jugend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Akten, von Hugo Schulz.
Balladette. Cathrin. Rodina-Soubrette
Paula Grigatti. Grottoque-Konister
Senor u. Barad. Miss Kitty, Sport-
Wit. Karolikow-Truppe, Barriere-
Krebstecher. Mr. Barling, leb. Photo-
graphien. Barling's elektrische Faerie.
(8000 Bildkörper.) Konzert. Anfang
4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter
Platz 50 Pf.

Früheres Puhmann
Allerlei-Theater.
Schönhäuser Allee No. 148.
Wöchentliche Vorstellung des unverweilt
bestehenden
Juli-Spielplans.
Karl Braun.
Hugo Schulz.
Um 8 Uhr: Gr. Erfolg:
Die Weber.
Täglich: **Großer Ball.**
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.
Freitag: **Wöchentliche-Benefiz** für
Derrn Caros Duhow.
Einnahme: Aufführung: Durch
Feuer und Wasser.

Bernhard Rose-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Nur noch bis zum 31. (Amit):
Willy Agoston.
Berlin auf Stelzen.
3 Elefent.
Augsdorf: Theater, Konzert
u. das grossartige Specialitäten-
Programm.
Diensttag, den 12. August:
Benefiz für Karl Dohmann und
Wald Jankst: „Der Bettel-
student von Berlin“.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wodentags
8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Zugstöße 11-1 1/2 Uhr.
Scheitel, Stier, 1
Orbiton, 100 Pf. 1
Krone, 10 Pf. 1
mann, 10 Pf. 1

Fritz Preuß.
74a Belle-Alliancestrasse 74a, 10te
Vergangenheits, empfiehlt Freunden
und Bekannten sein **Weiss-**
und **Bayrisch-Bierlokal** noch
Bereitszimmer für 50 Personen. *
H. Stramm, Hof, Ritterstr. 123.

Max Klems Sommer-Theater.
Hasenheide 12-15.
Artistscher Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Hasenheide 109/114.
Neue Welt. Arnold Scholz.
Gute Donnerstag, den 31. Juli 1902:
Auf allgemeines Verlangen:
Wiederholung des unvergleichlichen Kontrabasswerkes:
Der Brand und die Beschliessung von Heidelberg
angeführt durch den Violoncellisten Herrn A. Bock.

Grosses Militär-Konzert
angeführt von der Regiments-Kapelle des 4. Garde-Regim. zu Fuß unter
persönlicher Leitung des 1st. Musikdirektoren Herrn Frz. A. Bortler.
Gala-Specialitäten-Vorstellung.
Wichtigste Instrumente des gesamten Juni-Programms. — Im Lal
champdrot: Großer Sommernachtsball. — Anfang des Konzerts
5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. — Bildet im Vor-
verkauf a 40 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu
haben. — Morgen Freitag: **Specialitäten-Vorstellung.**
Möglichst neues Programm.

Sportpark Friedenau.
Sonntag, 3. August, nachmittags 3 Uhr:
Sechs-Stunden-Rennen.
Billet-Vorverkaufsstellen: K. Weicheln, Leipzigerstraße.
Fremdador, Leipzigerstraße 111. Louis Kraft, Friedrichstraße 157.
Agie u. Wendt, Krausenstr. 15. Adler-Fuhrwerk, Aufgehulstraße
Nr. 43/44. Georg Richter, Friedrichstraße 52/53. Fritz Schneider,
Alexanderstraße 28a. Karl Rallke, Wilmersstraße 39. Georg Viersch,
Oranienstraße 139. Curt Sells, Rurlichendamm 217. Fiskus von
Pöcher u. Dingel: Gasserstraße 22. Rathenowerstraße 78. Richard
Belmann, Steinmeyerstr. 43. Ray Weismann, Randsbergerstraße 30.
Frenbler, Randsbergerstraße 40 (Wilmersdorf). 31/3

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Verwaltungsstelle Berlin. Fernsprecher: Amt VII, No. 353.

Montag, den 4. August 1902, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stassenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Neuwahl des zweiten Bevollmächtigten, des Revidenten, zweier Revisoren, zweier Beisitzer und eines Bureaubeamten.
3. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Zu dieser Versammlung werden keine Laufzettel verschickt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die noch nicht abgelieferten Mitgliedsbücher baldigst zurückzubringen. Die Ortsverwaltung.

118/9

Achtung!

Achtung!

Elektromonteur und Berufsgenossen

Berlins und Umgegend.

Freitag, den 1. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Warum heissen die Elektromonteur der Firma Paul Hardegen & Co.?
2. Referent Kollege Holz.
3. Diskussionen.

Maler und Berufsgenossen

Berlins und der Vororte.

Donnerstag, den 31. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unser Lohn tarif: „Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Zünng.“

Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Am Sonntag, den 3. August 1902:

Gr. Dampfer-Partie nach Hessewinkel am Dämmersee.

Abfahrt morgen Punkt 7 Uhr von der Jannowitzbrücke (Belvedere). Fahrkarten sind nur noch zu haben im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 11 und 12 in den Bureaustunden von 9-1 und 4-7. Kollegen, welche gewillt sind, an dieser Partie teilzunehmen, werden ersucht, den Bedarf an Fahrkarten rechtzeitig bei uns zu bestellen.

Das Komitee:

„Wanzenfeind in der Flasche“ Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. Unfehlbar sicher	„Mottenfeind im Beutel“ nur 5 Pf.	„Schwabenfeind im Streu-Turm“ 25 50 Pf., 1,00 Gesetzlich geschützt!
Allein-Verkauf: Fabrikant	Th. Schmiedel	Neue Königstr. 53, I. (heim Alexanderpl.)
Fernspr.: Amt 7a, 6331.		
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!		

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsplatz 27. Spr. 9-1 u. 4-7.

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Ausgangs- bis abends neun. (45390)

Gelegenheitskauf! Bunte Mocquettplüsch
u. abgepasste Satteltaschen, einfarbige Plüsch u. Möbelstoffe selten billig!
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., 158. Oranienstr.

Älterer Gesangverein

(M. d. A.-S.-V.)
wünscht Mitglieder anzunehmen. Herren, welche gewillt sind, beizutreten, mögen sich melden bei Fölsch, Weinstr. 11. Abends 8 Uhr Freitags von 9-11 Uhr. 11706*

Alle Wanzen

sterben sofort nach Bruch durch meinen **Wanzenod.** in Fl. 0,50, 1 Mk. - Schwestern, Stufen, Franzosen werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schfl. 0,30, 0,60, 1 Mk. Zahlreiche Anerkennungen. (45682)

1000 Mark Belohnung

zahlt ich demjenigen, der mir einen Richterhof nachweist. Nur allein ich bei Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstrasse 18, Ecke Veteranenstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Codes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Herr Heitzger

Franz Hohm

am 29. d. M. in der Proletarierkrankheit gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Friedrichsberg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.
118/10 Die Ortsverwaltung.

Textilarbeiter-Verband Deutschlands.

Berlin III (Bekantene).
Am 29. d. M. verschied nach langen schweren Leiden an der Proletarierkrankheit unser Mitglied, der Kollege **Walther Kohl.**
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. August, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Friedrichsberg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.
118/10 Der Vorstand.

Turnverein „Fichte“.

Am 28. Juli sind nach langem schweren Leiden unser Mitglied

Max Dillan

im 20. Lebensjahr.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. August, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Friedrichsberg aus statt. 11935
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Sattler

u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
Am 29. Juli verschied unser Mitglied, der Sattler

August Heine

(Werkstatt von A. Wunderlich Koch).
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reinen Kirchhofes in der Barutherstraße aus statt. 274/11
S. A. u. P. I. u. u.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.

Spezialarzt für 25/17* Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4.

Wegen Geschäftsaufgabe müssen alle alten Pfänder eingelöst werden. 11955

Hermann Pander, Auguststr. 36.
Prämiiert mit der goldenen Medaille.

Kraft-Rothwein
Fein-Blutarme u. Kranke ärztlich empfohlen.
Fi. 150 u. 2 M. überall zu haben.
Sanjalucia
in all. Apotheken, Drogen-Handlungen, Delikatess- u. Kolonialwarengeschäft.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 10. August

Dampfer-Partie mit Musik

nach dem am Zenthener See gelegenen **Ziegenhals** (Restaurant „Sporthaus“, Inhaber Max Mörschel) auf dem Riesen-Dampfer „Freya“ von Joh. Schultz. **Konzert. Tanz. - Spiele im Walde. - Verlosungen. Belustigungen aller Art** für Gross und Klein. - Abwechslungsreiches Programm. - Abfahrt früh 7 $\frac{1}{2}$ Uhr von der Jannowitz-Brücke (Schultheiss' Restaurant). Billets a 1,25 M. (Kinder frei) sind zu haben bis Donnerstag, den 7. August, bei Reul, Barnimstr. 42; Gottfr. Schulz, Admiralstrasse 40 a; Krause, Müllerstr. 7 a; Vogel, Dammerstr. 32; Horsch, Engel-Ufer 15, sowie bei den Vorstandsmitgliedern. Der Dampfer wird nicht überfüllt; frühzeitige Billet-Entnahme ist geboten. 4/10

Achtung! Mitglieder der Freien Volksbühne.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen betreffs obligatorischer Einführung des Bühnenheftes etc. auszufüllen.

Die **Mitgliedskarten** der verlosenen Saison müssen in den Zahlstellen mit einer Erklärung bezüglich weiterer Mitgliedschaft abgegeben werden.

Umschreibungen aus einer Zahlstelle in eine andere müssen in den Monaten Juli und August bewirkt werden.

Die neuen Mitgliedskarten gelangen vom Anfang des Monats August ab zur Ausgabe.

Neuaufnahmen von Mitgliedern können nur für die neue 13./14. Abteilung erfolgen.

Anmeldungen nehmen alle Zahlstellen entgegen gegen Hinterlegung des Eintrittsgeldes und mindestens eines Beitrags. 229/15

Etablissement Süd-Ost
75 Waldemarstrasse 75. 49955*
Mehrere Sonntage sind noch zur Herbstfärbung zu vergeben.

Herren-Stoffe. Räummungs-Ausverkauf!!!
Die Bestände unseres Ladengeschäfts **Spandauerstr. 33/35** werden wegen Aufgabe des Ladens bedeutend unter Preis ausverkauft. (46749)*

Brenner & Co.
Engros- und Versand-Lager jetzt: Königstr. 46 I.
Anzug-, Paletot-, Rosen-Stoffe.
Reise spottbillig.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort voll. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Rekonstruktion. Keine schön eingerichtete, fortzugsfähige billig zu verkaufen. Postfach, Gieselerstraße 68.
Kundenfischeret mit zwei Fohelbänken billig zu verkaufen. Schöneberg, Rollenhorstraße 20. 4123*

Wardinenhand große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandsbureau, Unter den Linden 21, II. 11772*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausbühnung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Vandenberghstraße 13. 12152*

Strepdecken, sportlich, Fabrik Weinstraße 30 I. 1157/6

Schönheitsgeschäft, gutgebendes, 7/8, Bayrisch, 1/2, Weidner. Zu erfragen bei Doll, Kriegerstraße 23. 9766

Kolonie Kaufhaus, Offizinverkauf Kreuzberg, 60 Quadratmeter 600 Mark, keine Anzahlung, gesunde Lage, verkauft Walter, Finkenstraße 12.

H. Dörge, Treppenstraße 109, Herren-Garderoben nach Maß, laubere Arbeit, großes Stofflager. Paletot 30,-, Anzug 30,-, Hose von 5 Mark an. Kauf beim Handwerker. Lohfen den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. 1178K*

Große Betten, 11 Mark an, eckliche Wandarmaturen Wand 1,90, Hochstuhl Wandstuhl Allee Str. 37, I. 12012*

Abzahlungen - Schwindel, ohne solchen verlaufe ebenfalls auf Teilzahlung. Schlagregulator, vierzehn Tage gesund, achtzehn Mark. Silberne Wanduhr, fünfzehn Mark. Gewichtsmaß - Schlagregulator, fünfzig Mark lang, dreißig bis fünfzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. Geöffnet 1848

Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gussfabrik, Compotoir Kasserstraße 25A, früher Barnimstr. 4 und 5. Sonntag geöffnet. 11972*

Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen für die Halle des Wertes im Teppichlager Berlin, Gieselerstraße 4, Bahnhof Sd. 1195*

Sportlich! Teppiche, Betten, Stuhlbecken, Gardinen, Regulator, Reparatoren, Leihhaus, Reiterstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Stühle billig. Einzelstücke Kottbusstraße 4. 10436*

Schleimlich verkauft Damen-Wäsche, Komplet 25,00, Wäscheartikel 25,00, Wäscheartikel, Komplet 34,00, Trummeu 33,00, Ausbühnung 15,00, Salontisch 10,00, Kochgeschloß 4,00, Zimmerstühle 2,50, Küchenmöbel, Betten, Stores, Gardinen 2,50, Schlagregulator 15,00, Blüdgarnitur 50,00, alles wie neu. Gefasstes kann bis Oktober sehen. Schönerhauser Allee 101, im Restaurant. Lokal übernehmbar. 10345*

Teppiche mit Gardinen in allen Größen. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Veraltete Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden sportlich verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzengasse 28, I, Ecke Ritterstraße. 10036*

Nähmaschinen, sportlich, Wandliche Kierandrinstraße 73. 395*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, sportlich, Pfandleihhaus Seidelstraße 10, anst. 10356

Fahrer Saisonstufes wegen sportlich Pfandleihhaus Seidelstraße 10, anst. 11765*

Strepdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Nähmaschinen ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebraucht 12,00, Köpfniederstraße 60/61, Vandenberghstraße 82, I. 791*

Gaslocher! Einlochgaslocher! 1,00, Zweilochgaslocher! 3,00. Gebläse Gaslocher! 5,00. Gasplättchen! Gas-Plättchen! billig! Wollener, Wollenerstraße 2, am Sd. 1195*

Sanftelle, Porz. 10 Minuten vom Bahnhof, gesunde Lage, verlaufe wegen Krankheit. 6-8 Mark die Rute. Übers in Reparat. 11965*

Nähmaschinen ohne Anzahlung. Sechsb Mark Bergütung. Postkarte. Dreihoft, Amalienstraße 4. 11885

Ringstichmaschinen Singermaschinen, 4 Stück, unter Garantie gut stehend, 10,00 an, Reuberstraße 7. 31/5

Rekonstruktion, voller Schant, billig verkauft. Näheres Schoppau, Beuststraße 79. 781*

Vermischte Anzeigen.

Die Beleidigung gegen Frau Wende, Weihenfer, Charlottenburgerstraße 61, nehme zurück. Frau Schulz, Kottbusbergerstraße 179. 7111

Rechtsbureau, Zellwerrstraße 45, Eingaben, Besuche, Kartierung. Unbestritten unentgeltlich. 1185K*

Rechtsbureau Fabrik, Andreasstraße 10, unterhalb, Rechtschiff, Eingabengeld, Kartierung.

Unfallischen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Bugger, Steglitzerstraße 65. 8985*

Hausverleumdung, Kaylitz, Schön- hauer Allee 163 a. 11938*

Reklamation! Wer sich über viele unrichtige Grundaufsetzungen unrichtig machen will, verlange die Klageblätter des Reichsanwaltes gegen Reklamation, welche unentgeltlich verschickt werden von Berliner Verkehrsverein, Königsplatz 108. Am gültigen Abdruck wird gegeben. 1618*

Wernand Pfeife, Schwedisch, 23, eine ganze Reihe von Sonnenbrillen sind noch zu beschaffen an Berneine u. zu vergeben. 1218K*

Vereinzimmer, vier, alte Post- straße 119. 1188K*

Vereinzimmer, großes, frei, Simeonstr. 23, Sd. 1210K*

Kanarienhöhle laut. Preis- angabe. Offerten A. B. Postamt 19.

Langjähriger Geschäftsführer, Ges- fängnis - Inspektor. Nequidareue Bildungsgeld eins. 11945

Vereinzimmer, schön groß, Sudner, Br. Rudowstraße 11. *

Ehebedingung. Unfallsachen! Strafsachen! Sendungsstücke! Notarierung. Plinienstraße 36. 11985

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Ein- gabengeld, Kartierung. Post, Brunnenstraße vierzig. 11936

Vereinzimmer mit Piano Warschaustraße 77, Ruppert. 11975

Vermietungen.

Freundliche Schlafstube, Elisabeth- ufer 31, Rajche. 11856

Arbeitsmarkt. Stellengesuche.

Buchdruckmaschinenmeister (Verbandsmitglied) 20 Jahre alt, firm in Accidenz- und Plattenbruch, sucht Stellung (Gutes Zeugnis). Offerten O. F. Postamt 58. 11896

Jubilärer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Jubilärenterente bezieht, bietet um leichte Beschäftigung. Seher, Deaniensstraße 200 bei Friedrichsberg.

Blinder Studierstube bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeholt. Adresse: Waldstraße 27, A. Köhler.

Stellenangebote.

Tischler finden guten lohnenden Nebenverdienst. Offerten unter R. 3 Hauptexpedition dieses Blattes.

Schildermaler, dauernde Stellung, verlangt Orinow, Bergstraße 16.

Wagenladerever verlangt. Steinmetzstraße 54. 11856*

Wandteppich auf Steppdecken im Hause verkauft. Post, Rastanten-Allee 50/51, IV. 10225*

Freundliche Schlafstube für zwei Herren zu vermieten. Forsterstraße 54, Hof III, Witwe Rosenthal.

Möblierte Schlafstube für zwei anständige Herren Sd. 33/34. 10525*

Schlafstube bei Schmidt, alte Poststraße 20, Hof I. 11915*

Anständige Herr findet freundliche Schlafstube. Zug, Rumpenstraße 64, vom IV. 70

20-25 Zimmergejellen

bei 65-70 Pf. Lohn pro Stunde sofort verlangt. 47175*

O. Rückert, Nieder-Schönhausen.

Finkenstr. 67.

Achtung! Holzarbeiter!

Geplant sind folgende Werkstätten für Zähler, Holzarbeiter und Holzwerker:

1. Schulz, Krauthr. 18/19.

2. Gammelsh. Dörschbachstr. 33.

3. Kumbel u. Friedrichsen, Poststr. 43.

4. Kumbel u. Friedrichsen, Poststr. 59.

5. Friedrichsen, Waldemarstr. 27.

6. Behnen-Lier 6.

Die Ortsverwaltung. 833*

Achtung! Glasbläser!

In der Werkstätte von Herr. Dresdenstraße 35, sind Differenzen ausgebrochen und ist deshalb die Firma streng zu meiden. Die Arbeitsvermittlung geschieht nur durch den Arbeitsnachweis. 11655

Achtung! Elektromonteur.

Bei der Firma Paul Hardegen & Co., Gieselerstraße 68, sind abernals Lohnverhandlungen vorgenommen worden, und befinden sich daher die Elektromonteur im Streit. Zugang ist fernzuhalten. 58/8

Die Lohnkommission.

Abonnementsbuchhalter
und Buchhalter hat noch einige halbe Tage in der Woche frei, die im ganzen oder einzeln, auf Wunsch im Abonnement, zu vergeben sind.
Vorteilhaft für Geschäftsinhaber, die wegen Mangels an Zeit ihre Bücher selbst nicht führen können, sich aber auch einen günstigen, teuren Buchhalter nicht halten wollen. 47219*

Heinrich Berliner Referenzen, strengste Diskretion, Honorare möglic.
Emil Cohn, Schwarzburgerstr. 1-1.